

VP Bank (Schweiz) AG · Gültig ab 1. April 2021

Allgemeine Geschäftsbedingungen



Inhalt

Basisbedingungen

1. Vertragsparteien	4
2. Sprachen	4
3. Dienstleistungen	4
4. Verfügungsberechtigung	4
5. Legitimationsprüfung	5
6. Fehlende oder eingeschränkte Handlungsfähigkeit	5
7. Benachrichtigung über Änderungen	5
8. Ausführung von Aufträgen	5
9. Übermittlungsfehler	6
10. Aufzeichnung von Telefongesprächen und elektronischer Kommunikation	6
11. Mitteilungen der Bank	6
12. Nachrichtenlosigkeit	6
13. Beanstandungen und Genehmigung	7
14. Konditionen und Kosten	7
15. Fremdwährungen/Fremdwährungskonten	7
16. Checks	8
17. Börsentransaktionen, Handels- und Vermittlungsgeschäfte	8
18. Transport, Versand und Versicherungen	8
19. Depot	8
20. Einhaltung von Gesetzen/Steuerehrlichkeit/Wirtschaftssanktionen	11
21. Entbindung vom Geheimnisschutz/Datenweitergabe	12
22. Anlageberatung und Vermögensverwaltung	13
23. Keine Rechts- und Steuerberatung	13
24. Zuwendungen (Inducements/Retrozessionen/Anreize)	13
25. Auslagerung von Geschäftsbereichen, Dienstleistungen und Datenverarbeitung (Outsourcing)	14
26. Haftungsbeschränkung	14
27. Pfand- und Verrechnungsrecht	14
28. Kündigung	15
29. Auslieferung, Verwertung, gerichtliche Hinterlegung	15
30. Feiertage und Samstage	15
31. Ungültigkeit und Lücken der Basisbedingungen	15
32. Änderung der Basisbedingungen	15
33. Anwendbares Recht und Gerichtsstand	15

Ergänzende Bedingungen

a. Basisbedingungen für e-Services	
1. Geltungsbereich	16
2. Zugang zu den e-Services	16
3. Auftragserteilung	16
4. Unterzeichnung von Dokumenten	17
5. Verpflichtungen des Benutzers	17
6. Ausschluss von Gewährleistung und Haftung	17
7. Sperrung des Zugangs	17
8. Ermächtigung und Übertragung von Befugnissen	18
9. Bankgeheimnis	18
10. Risiken bei Mitteilungen via Fax	18
11. Risiken bei Mitteilungen via E-Mail	18
12. Spezifische Bedingungen zum e-banking	19
13. Spezifische Bedingungen zum Professional Data Feed	20
14. Sicherheit im Internet	20
15. Speicherung und Verarbeitung von Kundendaten	20
16. Elektronische Bankdokumente (e-Post)	20
17. Änderungen	21
18. Kündigung/Auflösung mit sofortiger Wirkung	21
19. Vorbehalt gesetzlicher Regelungen	21
20. Salvatorische Klausel	21
21. Ausländische Rechtsordnungen	21
22. Ausschluss bestimmter Personen	22
23. Änderungen dieser Basisbedingungen	22
24. Anwendbares Recht und Gerichtsstand	22

b. Basisbedingungen für die Benutzung der Maestro-Karte

1. Benutzung der Maestro-Karte	23
2. Kontobeziehung	23
3. Kartenberechtigte	23
4. Legitimation	23
5. Gebühren	23
6. Sorgfaltspflichten des Kartenberechtigten	23
7. Belastungsrecht der Bank	24
8. Auswahl und Änderung des Maestro-PIN-Codes	24
9. Kartenerneuerung	24
10. Kündigung	24
11. Technische Störungen und Betriebsausfälle	24
12. Limiten	24
13. Transaktionsbeleg	24
14. Sperrung	24
15. Änderungen dieser Basisbedingungen	24
16. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Bank	24

c. Bestimmungen für Edelmetallkonten

1. Gegenstand	25
2. Kein Depotwert	25
3. Auslieferungsanspruch und -modalitäten	25
4. Minimale Einheiten, Zinsen, Abschluss	25
5. Gebühren, Steuern, Abgaben	25
6. Allgemeine Geschäftsbedingungen, Änderung dieser Bestimmungen	25

Basisbedingungen

Diese Basisbedingungen regeln die Geschäftsbeziehung zwischen dem Kontoinhaber («der Kunde») und der VP Bank (Schweiz) AG («die Bank»), sofern keine gesonderten Vereinbarungen bestehen oder einschlägige Usancen Vorrang haben. Aus Gründen der Klarheit und leichteren Lesbarkeit wird im gesamten Dokument die männliche Form verwendet.

Der Kunde bestätigt mit seiner Unterschrift auf dem Formular zur Eröffnung einer neuen Geschäftsbeziehung, die Allgemeinen Geschäftsbedingungen ([AGB]; die Basisbedingungen bilden davon einen integrierenden Bestandteil) erhalten, gelesen, verstanden und akzeptiert zu haben.

1. Vertragsparteien

Die Vertragsparteien der Geschäftsbeziehung sind der Kunde (Kontoinhaber) und die Bank. An einer Geschäftsbeziehung können auch mehrere Kunden beteiligt sein (Kollektiv- oder Gemeinschaftskonto). Für die Ansprüche der Bank aus solchen Geschäftsbeziehungen haften die einzelnen Kontoinhaber solidarisch.

2. Sprachen

Die Bank kommuniziert mit dem Kunden grundsätzlich auf Deutsch und benutzt die Kundendokumente in deutscher Sprache. Sie kann dem Kunden die Kommunikation ganz oder teilweise in anderen Sprachen, insbesondere auf Englisch, anbieten und entsprechende Kundendokumente zur Verfügung stellen, sie ist hierzu aber nicht verpflichtet. Im Fall von Widersprüchen zwischen der deutsch- und der fremdsprachigen Fassung gilt die deutschsprachige Fassung als verbindlich.

3. Dienstleistungen

Die Dienstleistungen der Bank sind in den Broschüren oder auf der Website der Bank (www.vpbank.com) beschrieben. Die Bank kann die angebotenen Dienstleistungen bzw. deren Umfang jederzeit anpassen.

4. Verfügungsberechtigung

4.1. Allgemein

Die der Bank schriftlich bekannt gegebene Regelung der Verfügungsberechtigung ist verbindlich bis zu einer bei der Bank eingegangenen schriftlichen Mitteilung einer Änderung, unabhängig von etwaigen Einträgen im Handelsregister und in anderen Veröffentlichungen, die mit dieser Regelung nicht übereinstimmen. Bei ausserordentlichen Vorkommnissen (z.B. Streitigkeiten zwischen den Verfügungsberechtigten) kann die Bank die ihr bekannt gegebene Verfügungsberechtigung zeitweise oder dauerhaft aussetzen.

Sind mehrere Personen für ein Konto verfügungsberechtigt, so ist jede Person einzeln verfügungs- und auch auskunftsrechtlich, sofern nicht schriftlich eine andere Regelung mit der Bank vereinbart wird. Das Auskunftsrecht umfasst alle Informationen im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung. Dazu gehören auch Informationen über Dritte, welche im Rahmen der Führung der Geschäftsbeziehung von der Bank verarbeitet werden.

Für die Regelung der Verfügungsberechtigung und des Auskunftsrechts sind die Formulare der Bank zu verwenden. Die Bank kann im Einzelfall auf dieses Erfordernis verzichten, sie ist hierzu aber nicht verpflichtet.

Der Kunde wählt die Verfügungsberechtigten sorgfältig aus und überwacht deren Verwaltungs- und Verfügungshandlungen.

4.2. Gemeinschaftskonten

Bei Gemeinschaftskonten haften die Kunden gegenüber der Bank (gesamtschuldnerisch) als Solidarschuldner für alle gegenwärtigen und zukünftigen Ansprüche der Bank im Zusammenhang mit dem Gemeinschaftskonto. Darüber hinaus regeln die nachstehenden besonderen Bestimmungen über Gemeinschaftskonten nur das Rechtsverhältnis mit der Bank, unbeschadet der internen Beziehungen zwischen den Kunden und ihren Rechtsnachfolgern.

4.3. Gemeinschaftskonten mit Einzelverfügungsberechtigung

Bei Gemeinschaftskonten mit Einzelverfügungsberechtigung ist der Kunde berechtigt, über die deponierten Wertpapiere und die verfügbaren Kontoguthaben zu verfügen, insbesondere Vermögenswerte abzuheben und das Konto aus eigener Initiative und ohne Einschränkung zu belasten. Ferner ist jeder einzelne Kunde berechtigt, Kredite aufzunehmen und Weisungen und Bevollmächtigungen aller Art zu erteilen und zu widerrufen sowie Dritten Vollmachten zu erteilen.

Die Bank behält sich das Recht vor, nach eigenem Ermessen und ohne Angabe von Gründen zu verlangen, dass für bestimmte Handlungen im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung die Zustimmungen der anderen Kunden eingeholt werden.

Im Fall des Todes eines Kunden sind nur die verbleibenden Kunden und gegebenenfalls ihre Bevollmächtigten berechtigt, mit der Bank Geschäfte zu tätigen und Verfügungen im Rahmen der oben genannten Einschränkungen zu treffen, die das Kontoguthaben und die deponierten Vermögenswerte betreffen. Das Vertragsverhältnis geht nicht auf die Erben des verstorbenen Kunden über. Auf Antrag eines ausgewiesenen Erben des verstorbenen Kunden

den ist die Bank berechtigt, Informationen über die Konto-
beziehung offenzulegen.

4.4. Gemeinschaftskonten mit Kollektivverfügungs- berechtigung

Bei Gemeinschaftskonten mit Kollektivverfügungsberechtig-
ung muss die Verfügung über die auf dem Konto ver-
fügbaren Vermögenswerte immer gemeinsam ausgeübt
werden. Dies gilt insbesondere für Kontobelastungen,
Kontobezüge, Geldüberweisungen und Bevollmächtigun-
gen aller Art sowie auch für Vollmachten an Dritte.

Im Fall des Todes eines Kunden treten seine Erben in die
Rechte des verstorbenen Kunden ein. Die übrigen Kunden
können über die Vermögenswerte auf dem Guthaben-/
Depotkonto nur mit Zustimmung der Erben des verstorbe-
nen Kunden verfügen. Jeder Kunde und jeder Erbe eines
Kunden ist berechtigt, eine erteilte Vollmacht zu wider-
rufen.

5. Legitimationsprüfung

Die Bank prüft die Verfügungsberechtigung mit geschäfts-
üblicher Sorgfalt. Unter anderem kann sie hierzu Unter-
schriften des Kunden bzw. Verfügungsberechtigten mit
den ihr vorliegenden Unterschriftenmustern vergleichen.
Zu diesem Zweck stellt der Kunde der Bank auf Verlangen
beweiskräftige Dokumente, insbesondere auch in beglau-
bigter oder überbeglaubigter Form, zur Verfügung.

Der Kunde stellt sicher, dass unbefugte Dritte zu den ihm
von der Bank zur Verfügung gestellten technischen Hilfs-
mitteln oder Daten, die den Zugriff auf sein Konto ermög-
lichen, keinen Zugang erhalten. Er teilt insbesondere seine
vertraulichen und persönlichen Passwörter und Codes
(z.B. fürs e-banking) Dritten nicht mit. Der Kunde macht
die Verfügungsberechtigten auf diese Bestimmung auf-
merksam.

6. Fehlende oder eingeschränkte Handlungs- fähigkeit

Der Kunde informiert die Bank unverzüglich über eine
fehlende oder eingeschränkte Handlungsfähigkeit seiner
Person oder eines Verfügungsberechtigten, sei es durch
ihn selbst oder über einen Dritten. Die Bank kann die ihr
bekannt gegebene Verfügungsberechtigung zeitweise
oder dauerhaft aussetzen bzw. das Konto sperren oder
einen Nachweis der Verfügungsberechtigung durch ein
Gerichtsurteil oder eine Verfügung einer Behörde verlan-
gen.

7. Benachrichtigung über Änderungen

Der Kunde informiert die Bank unverzüglich über jede
Änderung seiner persönlichen Angaben (insbesondere
Name oder Firmenname, Wohn- oder Geschäftssitzadres-
se, Steuerdomizil(e), Kontakt- und Korrespondenzanga-
ben, Nationalität(en)) oder Änderungen in den beweis-
kräftigen Urkunden oder Deklarationen (z.B. Kopien von
Ausweisdokumenten, Wohnsitznachweis), die sich auf
den Kunden, seine Bevollmächtigten, die wirtschaftlich
Berechtigten, die beherrschende(n) Person(en), die
Begünstigten oder andere an der Geschäftsbeziehung
beteiligten Personen beziehen. Der Kunde kann verpflich-
tet werden, solche beweiskräftigen Urkunden und Dekla-
rationen zu erneuern.

8. Ausführung von Aufträgen

Aufträge werden von der Bank mit der geschäftsüblichen
Sorgfalt ausgeführt. Der Kunde trägt den Schaden, der aus
einem unklar formulierten, unvollständigen oder fehlerhaf-
ten Auftrag entsteht – unabhängig davon, ob sich die Bank
dazu entschliesst, den Auftrag auszuführen oder nicht.

Die Bank ist nicht verpflichtet, Aufträge auszuführen, die
auf elektronischem Wege erteilt wurden, sofern keine
gesonderte schriftliche Vereinbarung abgeschlossen
wurde.

Der Kunde hat Aufträge, die an einen bestimmten Ausführ-
ungszeitpunkt gebunden sind, rechtzeitig zu erteilen.

Die Bank muss für die Ausführung von Aufträgen aufgrund
gesetzlicher Vorschriften verschiedenste Informationen
vom Kunden einholen. Es liegt im Interesse des Kunden,
der Bank diese Informationen rechtzeitig und in der von
ihr verlangten Form zur Verfügung zu stellen, da sonst
Aufträge des Kunden verzögert, fehlerhaft oder gar nicht
ausgeführt werden können.

Die Bank kann nicht für die Nichtausführung von Aufträ-
gen oder Verzögerungen bei der Ausführung von Aufträ-
gen haftbar gemacht werden, die im Zusammenhang mit
der Erfüllung ihrer gesetzlichen Verpflichtungen oder der
Anordnungen der zuständigen Behörden stehen oder die
auf andere Weise nicht mit internen oder externen Verhal-
tensregeln und Massnahmen der Bank (z.B. Embargo-
oder Geldwäschereibestimmungen) vereinbar sind.

Die Bank ist berechtigt, sich auf die Richtigkeit der beim
Kunden eingeholten Angaben zu verlassen. Allfällige aus
seinen Angaben resultierende Schäden (z.B. aus einer
falschen steuerlichen oder regulatorischen Einstufung
seiner Geschäftsbeziehung) trägt der Kunde, sofern der
Bank nicht bekannt ist oder bekannt sein muss, dass sol-
che Angaben veraltet, falsch oder unvollständig sind.

Beim Eingang ungewöhnlicher oder verdächtiger Zahlungen entscheidet die Bank nach Abklärung der besonderen Umstände, ob eine Gutschrift auf das Kundenkonto oder eine Rücküberweisung vorgenommen wird. Im Übrigen behält sich die Bank das Recht vor, dem Kundenkonto ohne Zustimmung des Kunden einen gutgeschriebenen Betrag rückzubelasten, wenn eine Verbuchung unrechtmässig, insbesondere irrtümlich, fehlerhaft oder gesetzeswidrig erfolgt ist. Sie informiert den Kunden innerhalb einer angemessenen Frist über die Rückbelastung. Die Bearbeitung von Aufträgen betreffend Finanzinstrumente erfolgt gemäss den jeweils gültigen «Grundsätzen zur Ausführung von Geschäften in Finanzinstrumenten (Best-Execution-Policy)».

Die Bank muss keine Aufträge ausführen, für die kein Guthabensaldo oder keine Deckung vorhanden ist. Liegen vom Kunden verschiedene Aufträge vor, deren Gesamtbeitrag sein verfügbares Guthaben oder den ihm gewährten Kredit übersteigt, kann die Bank selbst bestimmen, allenfalls unter Berücksichtigung des Auftragsdatums und des zeitlichen Eingangs, welche Aufträge ganz oder teilweise ausgeführt werden.

Es steht der Bank frei, Barabhebungen, Barsaldierungen und andere Transaktionen wie physische Titellieferungen oder die physische Übergabe von Edelmetall, durch welche die Dokumentation des Verbleibs dieser Vermögenswerte (Paper-Trail) unterbrochen werden kann, nicht auszuführen. Dem Kunden ist bekannt, dass gesetzliche Bestimmungen zum grenzüberschreitenden Transfer der obgenannten Vermögenswerte (z.B. Zolldeklarationsvorschriften) existieren. Er hält diese jederzeit ein.

9. Übermittlungsfehler

Der Kunde trägt den Schaden, welcher ihm aus der Benutzung von Post, Telefon, Fax, E-Mail, Kurierdiensten, Transportanstalten oder sonstigen Übermittlungsarten entsteht, sofern die Bank bei der Benutzung dieser Übermittlungsarten kein grobes Verschulden trifft.

10. Aufzeichnung von Telefongesprächen und elektronischer Kommunikation

Der Kunde nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Bank berechtigt und teilweise auch verpflichtet ist, Telefongespräche und die elektronische Kommunikation mit dem Kunden aufzuzeichnen. Die Aufzeichnungspflicht besteht insbesondere dann, wenn die Bank vom Kunden Aufträge betreffend Finanzinstrumente annimmt, übermittelt und ausführt. Der Kunde hat das Recht, während der gesetzlichen Aufbewahrungsfrist eine Kopie der ihn betreffenden Aufzeichnungen zu beziehen.

11. Mitteilungen der Bank

Mitteilungen der Bank gelten als ordnungsgemäss zugestellt, wenn sie gemäss den zuletzt vom Kunden erhaltenen Weisungen oder zum Schutz des Kunden in einer von diesen Weisungen abweichenden Weise versandt oder zur Verfügung gehalten wurden. Wenn der Kunde mit der Bank eine Zustellung über elektronische Kommunikationswege vereinbart hat, gelten die Mitteilungen der Bank als ordnungsgemäss zugestellt, sobald sie dem Kunden oder seinen Bevollmächtigten über diesen elektronischen Kommunikationsweg erstmals zur Verfügung stehen.

Im Fall eines Gemeinschaftskontos gilt ein Versand gemäss dieser Ziffer auch als Versand an den/die anderen Kunden.

Als Zeitpunkt des Versands gilt das Datum der sich im Besitz der Bank befindlichen Kopie der Mitteilung oder der Versanddokumentation (z.B. Versandliste).

Korrespondenz, mit deren Aufbewahrung die Bank beauftragt wurde, gilt an dem Datum, das diese Korrespondenz trägt, als ordnungsgemäss zugestellt. Die Bank nimmt allfällige Korrespondenz, welche von Dritten an die Bank adressiert wird, aber für den Kunden bestimmt ist, entgegen und kann diese, auch wenn die Korrespondenz von der Bank geöffnet worden ist, ausschliesslich bei der banklagernd zu haltenden Post ablegen. Die Bank ist diesbezüglich von der Pflicht zu jeder weiteren Handlung entbunden.

In begründeten Fällen ist die Bank ermächtigt, dem Kunden Korrespondenz an seine Domiziladresse zuzustellen oder im ausgewählten e-Service zur Verfügung zu stellen. Dies gilt insbesondere dann, wenn die Bank sicherstellen möchte, dass der Kunde im Besitz aller Bankdokumente ist.

Der Kunde anerkennt die zurückgehaltene Post als ihm rechtzeitig zugestellt und trägt den Schaden, der ihm aus der Zurückhaltung seiner Korrespondenz entstehen kann. Die banklagernde Korrespondenz wird von der Bank während dreier Jahre gesondert aufbewahrt. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen.

Die Mitarbeitenden der Bank sind berechtigt, zur Vorbereitung eines Gesprächs mit dem Kunden Einsicht in die banklagernd gehaltene Post zu nehmen.

12. Nachrichtenlosigkeit

Eine Geschäftsbeziehung gilt als nachrichtenlos, wenn die Bank seit mindestens zehn Jahren keinen Kontakt zum Kunden oder zum Bevollmächtigten herstellen konnte. Der Kunde sorgt somit dafür, dass der Kontakt zur Bank nicht abbricht und seine Vermögenswerte nicht nachrichtenlos werden. Die Bank empfiehlt dem Kunden, eine oder mehrere bevollmächtigte Personen zu bezeichnen. Die Bank

kann ebenfalls geeignete Massnahmen ergreifen, um die Nachrichtenlosigkeit von Konten zu verhindern.

Die Bank versucht, die neue Adresse oder sonstige Kontaktdaten mit der gebotenen Sorgfalt und mit dem angemessenen Aufwand in Erfahrung zu bringen, um den Kunden zu kontaktieren. Nachrichtenlose Geschäftsbeziehungen werden weitergeführt; dabei behält sich die Bank das Recht vor, die Kosten sowohl für diese Beziehung als auch für Untersuchungen und Nachforschungen direkt dem Konto zu belasten. Die Bank ist insbesondere berechtigt, diesbezügliche Korrespondenz per e-Post oder eine integrierte Nachrichtenfunktion des Kundenportals an eine vom Kunden angegebene oder durch Nachforschungen festgestellte Domiziladresse zu senden. Nachrichtenlose Geschäftsbeziehungen, die einen Schuldsaldo aufweisen, können ohne Weiteres gekündigt und saldiert werden.

13. Beanstandungen und Genehmigung

Der Kunde hat Beanstandungen von unrichtigen Konto- und Depotauszügen, Transaktionsbelegen oder anderen Mitteilungen der Bank unverzüglich nach deren Erhalt, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt, geltend zu machen.

Die ausdrückliche oder stillschweigende Anerkennung des Konto- oder Depotauszugs schliesst die Genehmigung aller in ihm enthaltenen Posten sowie allfälliger Vorbehalte der Bank ein. Der Kunde ist damit einverstanden, dass offensichtliche Irrtümer der Bank auch nach Ablauf der Beanstandungsfrist ohne Rücksprache mit dem Kunden korrigiert werden.

14. Konditionen und Kosten

Zinsen, Gebühren (inklusive Negativzinsen), Kommissionen, Spesen und Abgaben, die vereinbart wurden oder üblich sind, werden dem Kunden nach Ermessen der Bank gutgeschrieben oder belastet, jedoch üblicherweise monatlich, vierteljährlich, halbjährlich oder jährlich. Die aktuellen Zinssätze, Gebühren und Kommissionen können den jeweils veröffentlichten Gebührenverzeichnissen/Produkt-Factsheets entnommen werden. Änderungen können aufgrund von Änderungen der Marktbedingungen bzw. der Kosten jederzeit eintreten und werden auf geeignete Weise mitgeteilt, z.B. durch Veröffentlichung auf der Website der Bank (www.vpbank.com).

Allfällige Steuern und Abgaben, die bei oder von der Bank im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung erhoben werden oder die die Bank nach zwingendem anwendbarem Recht, Staatsverträgen oder vertraglichen Vereinbarungen mit ausländischen Körperschaften/Behörden einbehalten muss, sowie Kosten, die der Bank entstehen, gehen zulasten des Kunden.

Weiter ist der Kunde damit einverstanden, dass ihm die Bank einen Mehraufwand im Zusammenhang mit der Führung der Geschäftsbeziehung verrechnen kann. Dies kann z.B. im Zusammenhang mit Compliance-Abklärungen, Betreibungs-, Insolvenz-, Amtshilfe-, Rechtshilfe-, Offenlegungs- und anderen Verfahren sein.

Die Bank ist verpflichtet, dem Kunden die Kosten und Nebenkosten sowohl der Wertpapierdienstleistungen als auch der Wertpapiernebenleistungen (Dienstleistungskosten) vorab (ex ante) bekannt zu geben. Sofern die Kosten der Bank nicht genau bekannt sind, werden sie auf der Basis von Schätzungen mitgeteilt. Bei Vermögensverwaltungsmandaten erfolgt die Bekanntgabe auf Dienstleistungsebene. Bei der Ausführung Execution Only oder als beratungsfreies Geschäft sowie bei Anlageberatungsmandaten legt die Bank die Kosten transaktionsbezogen offen. Beim Vorliegen bestimmter Voraussetzungen, insbesondere wenn der Kunde als professioneller Kunde klassiert ist, kann die Bank die Offenlegung in verallgemeinerter und standardisierter Form vornehmen.

15. Fremdwährungen/Fremdwährungskonten

Guthaben des Kunden in fremder Währung werden im Namen der Bank, jedoch auf Rechnung und Risiko des Kunden in gleicher Währung inner- oder ausserhalb des Landes der betreffenden Währung angelegt. Der Kunde trägt proportional zu seinem Anteil alle wirtschaftlichen und rechtlichen Folgen von Massnahmen der zuständigen Behörden, die sich auf alle investierten Vermögenswerte der Bank im Land der betreffenden Währung, des betreffenden Währungsgebiets oder der betreffenden Investition auswirken könnten. Deshalb übernimmt die Bank keine Haftung für den Fall, dass die Beschaffung einer fremden Währung sowie die Ausführung entsprechender Zahlungen aus den oben genannten Gründen verspätet oder nicht erfolgen.

Bei Fremdwährungskonten erfüllt die Bank ihre Verpflichtungen ausschliesslich durch Verschaffung einer Gutschrift bei einer Korrespondenzbank im In- oder Ausland.

Gutschriften und Belastungen von Fremdwährungsbeträgen erfolgen in Schweizer Franken, und zwar zum Kurs jenes Tages, an dem der Betrag der Bank gutgeschrieben bzw. belastet wird, es sei denn, der Kunde hat rechtzeitig gegenteilige Instruktionen erteilt oder ist Inhaber eines Kontos in der entsprechenden Fremdwährung. Die Bank kann die Gutschrift eines Fremdwährungsbetrags abweichend vom angegebenen Empfängerkonto auf dem entsprechenden Fremdwährungskonto vornehmen, sofern dies im Interesse des Kunden ist (z.B. zur Vermeidung zusätzlicher Kosten). Wenn der Kunde nur Konten in Fremdwährungen besitzt, darf die Bank bei einem Betrag in anderer Währung selbst entscheiden, welchem Konto ein solcher Betrag gutgeschrieben oder belastet wird.

16. Checks

Die aus diskontierten oder gutgeschriebenen Checks geleisteten Zahlungen der Bank kann diese zurückbelasten bzw. einfordern, wenn die Checks nicht bezahlt werden (z.B. bei gefälschten, abhandengekommenen oder anderweitig mangelhaften Checks). Bis zur Bezahlung verbleiben ihr die checkrechtlichen oder anderen Ansprüche auf Zahlung des vollen Betrags der Checks mit Nebenforderungen gegen jeden aus dem Check Verpflichteten.

17. Börsentransaktionen, Handels- und Vermittlungsgeschäfte

Bei der Ausführung von Aufträgen für den Kauf und Verkauf von Wertschriften, derivativen Produkten und sonstigen Vermögenswerten tritt die Bank dem Kunden gegenüber als Kommissionär oder Selbstkontrahent auf. Sie weist zur Risikoaufklärung insbesondere auf die Broschüre «Risiken im Handel mit Finanzinstrumenten».

18. Transport, Versand und Versicherungen

Der Transport und Versand sowie die Versicherung von Vermögenswerten erfolgen auf Rechnung und Risiko des Kunden. Erteilt der Kunde hierzu keine Weisungen, entscheidet die Bank selbst über Versicherung und Wertangabe.

19. Depot

19.1. Depotobjekte

Die Bank übernimmt folgende Objekte zur Aufbewahrung bzw. Verwaltung ins offene Depot:

- Wertpapiere aller Art inklusive Bucheffekten, mit Ausnahme von physischen US-Zertifikaten
- nicht verbriefte Geld- und Kapitalmarktanlagen
- nicht verbriefte Wertrechte
- Edelmetalle
- Wertsachen
- Derivate
- Dokumente

Es steht der Bank frei, die Entgegennahme von Depotobjekten oder die Eröffnung von Depots ohne Angabe von Gründen abzulehnen. Sie kann jederzeit die Aufhebung des Depots oder die Rücknahme einzelner Depotobjekte verlangen. Das gilt insbesondere dann, wenn der Kunde die auf ihn anwendbaren Anlegerrestriktionen nicht erfüllt.

Wünscht der Kunde die Auslieferung von physischen Depotobjekten, hat er dies der Bank mindestens zwei Bankarbeitstage vor dem gewünschten Auslieferungszeitpunkt mitzuteilen.

Die Vorschriften betreffend Depotobjekte gelten unabhängig davon, ob diese von der Bank gehalten werden

und/oder bei einer Sammeldepotzentrale, einem Drittverwahrer (Unterdepotbank) und/oder auf den Namen der Bank, des Kunden und/oder eines Dritten (Nominee) eingetragen sind. Für die Miete von Tresorfächern gilt ein separates Reglement.

19.2. Prüfung von Depotobjekten

Die Bank ist berechtigt, eingelieferte Depotobjekte auf ihre Echtheit und allfällige Sperrmeldungen zu prüfen oder durch Dritte im In- und Ausland prüfen zu lassen. Die Bank vollzieht die Prüfung aufgrund der zur Verfügung stehenden Mittel und Unterlagen.

Verkaufs- und Lieferaufträge sowie Verwaltungshandlungen muss die Bank erst nach abgeschlossener Prüfung und allfälliger Umregistrierung vornehmen.

19.3. Verschlussene Depotobjekte im offenen Depot

Depotobjekte, die verschlossen ins offene Depot übergeben werden, sind mit einer Wertangabe zu versehen. Sie müssen auf der Umhüllung die genaue Adresse des Kunden sowie eine Inhaltserklärung tragen. Die Bank ist jederzeit berechtigt, einen Ausweis über die Natur der deponierten Gegenstände zu verlangen und den Inhalt allenfalls zu kontrollieren.

Sie dürfen ferner keine feuer- oder anderweitig gefährlichen oder zur Aufbewahrung in einem Bankgebäude ungeeigneten Gegenstände enthalten.

Die Bank nimmt bei verschlossenen Depotobjekten keine Verwaltungshandlungen vor.

19.4. Verwahrung und Settlement

Die Bank verpflichtet sich, die Depotobjekte des Kunden mit der auch für eigene Werte angewandten Sorgfalt an einem sicheren Ort zu verwahren oder bei Dritten verwahren zu lassen. Sie wählt beauftragte Dritte sorgfältig aus und überprüft deren Qualität und Service regelmässig. Die Bank führt Aufzeichnungen und Konten, welche es ihr ermöglichen, die für einzelne Kunden gehaltenen Depotobjekte jederzeit sowohl voneinander als auch von ihren eigenen Depotobjekten zu unterscheiden.

Die Depotobjekte werden bei Dritten in der Regel im Namen der Bank verwahrt. Die Bank kann die Depotobjekte aber auch im Namen eines Dritten (Nominee) oder auf den Namen des Kunden eintragen lassen. Die Verwahrung erfolgt dabei immer auf Rechnung und Risiko des Kunden.

Die Bank ist ermächtigt, die Depotobjekte gattungsmässig bei sich, einem Zentral- und/oder Drittverwahrer (Unterdepotbank) ihrer Wahl aufbewahren zu lassen (Sammelverwahrung). Dabei ist die Bank lediglich zur Rückgabe von Depotobjekten der gleichen Art verpflichtet. Es

besteht jedoch kein Anspruch auf bestimmte Nummern oder Stückelungen.

Die Depotobjekte des Kunden beim Drittverwahrer werden in der Regel zusammen mit Depotobjekten anderer Kunden der Bank, aber getrennt vom Eigenbestand der Bank oder des Drittverwahrers verwahrt. Diese Trennung erstreckt sich aber regelmässig nicht auf die ganze Verwahrkette bzw. den Zentralverwahrer. Die Bank bietet dem Kunden eine solche Trennung nur in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen an.

Der Kunde hat einen vertraglichen Anspruch auf die Übertragung des ihm zustehenden Anteils am Bestand aller Kunden der Bank. Im Fall des Konkurses der Bank können die Depotobjekte grundsätzlich ausgesondert werden. Der Kunde erhält dadurch Eigentum bzw. eine eigentumsähnliche Berechtigung an den Depotobjekten. Dadurch ist der Kunde im Rahmen der jeweils geltenden Rechtsordnung vor dem Zugriff Dritter auf seine Depotobjekte grundsätzlich geschützt. Vorbehalten bleiben aber insbesondere Pfand- und Verrechnungsrechte der Bank, Verpflichtungen des Kunden aus Wertpapierfinanzierungsgeschäften sowie ein allfälliger Unterbestand der bei einem Dritten verwahrten Depotobjekte. Letzterer kann zu einer Kürzung der Bestände aller Kunden führen.

Zentral- wie auch Drittverwahrer können sich auch im Ausland, insbesondere in Mitgliedstaaten der EU bzw. des EWR sowie in der Schweiz befinden. Depotobjekte werden in der Regel dort aufbewahrt, wo sie gehandelt werden, bzw. auf Kosten und Risiko des Kunden dorthin verlagert, falls er sie andernorts einliefert.

Depotobjekte liechtensteinischer oder schweizerischer Emittenten, die zur Sammelverwahrung zugelassen sind, werden in der Regel bei der Schweizer Effektsammelverwahrstelle SIX SIS AG verwahrt. Depotobjekte anderer Emittenten werden in der Regel im Heimatmarkt des betreffenden Papiers oder in dem Land verwahrt, in dem der Kauf getätigt wurde.

Bei einer Sammelverwahrung in der Schweiz hat der Kunde im Verhältnis zu den in seinem Depot verbuchten Depotobjekten Miteigentum am jeweiligen Bestand des Sammeldepots. Auslosbare Depotobjekte können ebenfalls im Sammeldepot aufbewahrt werden. Von einer Auslosung erfasste Depotobjekte verteilt die Bank mittels Zweitauslosung unter den entsprechenden Kunden. Dabei wendet sie eine Methode an, die allen betroffenen Kunden eine gleichwertige Aussicht auf Berücksichtigung wie bei der Erstauslosung bietet.

Bei der Aufbewahrung im Ausland unterliegen die Depotobjekte dem Recht des Staats, in welchem der Zentral- und/oder Drittverwahrer seinen Sitz hat. Dies kann sich auf die Rechte der Bank bzw. des Kunden, insbesondere bei Konkurs des Zentral- oder Drittverwahrers, auswirken.

Wird der Bank die Rückgabe im Ausland aufbewahrter Depotobjekte durch die ausländische Gesetzgebung verunmöglicht oder erschwert, ist die Bank nur verpflichtet, dem Kunden am Ort einer Korrespondenzbank einen anteilmässigen Rückgabeanspruch zu verschaffen.

Bei der Verwahrung von Depotobjekten durch die Bank haftet die Bank für jedes Verschulden ihrer Mitarbeitenden, welche sie zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen hinzuzieht. Bei der Verwahrung von Depotobjekten durch einen Dritten beschränkt sich die Haftung der Bank auf die sorgfältige Auswahl, Instruktion und Überwachung des Zentral- bzw. Drittverwahrers.

Keine Sammelverwahrung, sondern eine Einzelverwahrung im geschlossenen Depot erfolgt, wenn der Kunde ausdrücklich die Einzelverwahrung wünscht oder wenn eine Sammelverwahrung aufgrund der Natur der Depotobjekte nicht möglich ist oder aus anderen Gründen von der Bank abgelehnt wird. Bei einer Einzelverwahrung im geschlossenen Depot nimmt die Bank keine Verwaltungshandlungen vor. Das gilt insbesondere bei der Einzelverwahrung von sammelverwahrfähigen Depotobjekten auf Wunsch des Kunden. Der Kunde trägt in allen Fällen die daraus resultierenden zusätzlichen Risiken sowie die entstehenden Mehrkosten. Bei einer Verwahrung im geschlossenen Depot ist die Bank zur Rückgabe der identischen Depotobjekte verpflichtet.

Nicht nur die Bank hat ein Pfand- und Verrechnungsrecht an den Depotwerten des Kunden; ein Zentral- oder Drittverwahrer kann ebenfalls ein Pfand- und Verrechnungsrecht bzw. ein Zurückbehaltungsrecht an den Depotwerten haben. Dieses gilt jedoch nur für Forderungen, welche aus der Verwahrung der Depotobjekte entstanden sind.

Bei der Ausführung von Handelsaufträgen des Kunden bezüglich Depotobjekten erfolgt die Einbuchung bzw. die Gutschrift des Verkaufserlöses jeweils unter Vorbehalt des anschliessenden Settlements, d.h. vorbehaltlich der effektiven Lieferung bzw. des effektiven Zahlungseingangs. Die Bank ist nicht verpflichtet, Handelsaufträge auszuführen, die Depotobjekte bzw. Guthaben betreffen, die noch nicht effektiv geliefert bzw. gutgeschrieben wurden.

19.5. Eintragung der Depotobjekte - Nominee

Die Bank ist berechtigt, die Depotobjekte des Kunden auf ihren eigenen Namen, auf den Namen des Kunden oder auf den Namen einer im Auftrag der Bank handelnden Drittperson (Nominee) eintragen zu lassen. Dies geschieht stets auf Rechnung und Risiko des Kunden.

Der Nominee ist einzig der Bank gegenüber verpflichtet und übernimmt keinerlei Haftung gegenüber dem Kunden. Eine Eintragung der Depotobjekte auf den Namen der Bank (oder des Nominee), aber auf Rechnung und Ri-

ko des Kunden hat keine Auswirkungen auf die in diesen Basisbedingungen festgelegten Pflichten oder Verantwortlichkeiten der Bank.

Die Bank darf jederzeit den Nominee für die gehaltenen Depotobjekte ändern, ohne den Kunden informieren zu müssen. Die Bank kann den Emittenten der Depotobjekte und/oder Dritte (z.B. Sammeldepotzentralen, Drittverwahrer, Aufsichtsbehörden usw.) informieren, dass sie oder der Nominee als treuhänderischer Inhaber in ihrem/seinem Namen, jedoch auf Rechnung und Risiko des Kunden und gegebenenfalls auf Rechnung und Risiko von anderen Bankkunden, handelt.

19.6. Marktüberwachung und Offenlegung

Im Rahmen des Handels, der Verwahrung oder der Verwaltung von Depotobjekten können gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Offenlegungspflichten bestehen (z.B. bei Erreichen oder Unterschreiten einer bestimmten Beteiligungshöhe). Sofern die gesetzlichen Vorschriften nichts anderes festhalten, ist es allein Aufgabe des Kunden, sich bei den Emittenten und/oder den zuständigen Behörden über eine allfällige Meldepflicht zu informieren und ihr nachzukommen. Die Bank muss den Kunden nicht über seine Meldepflichten informieren. Sie darf die Ausführung von Aufträgen verweigern, von denen sie annimmt, dass sie eine solche Meldepflicht auslösen oder die diesbezüglich anwendbaren regulatorischen Vorschriften verletzen.

19.7. Emittenten

Im Zusammenhang mit dem Handel, der Verwahrung und der Verwaltung von Depotobjekten kann die Bank zur Ausübung von Rechten im eigenen Namen, aber auf Rechnung des Kunden befugt sein. Verfügt der Kunde über Depotobjekte eines Emittenten, der zahlungsunfähig oder Gegenstand eines Vergleichs-, Sammelklage-, Konkurs-, Sanierungsverfahrens oder von Kapitalmassnahmen ist, kann die Bank die mit diesen Depotobjekten verbundenen Forderungsrechte sowie Nebenrechte an den Kunden zur direkten Ausübung abtreten.

Der Kunde ist verpflichtet, beim ersten Ersuchen der Bank die Abtretung der Forderungsrechte sowie Nebenrechte auf seinen Namen oder auf den Namen einer dritten Person anzunehmen bzw. annehmen zu lassen. Nennt der Kunde der Bank innerhalb der ihm gesetzten Frist keinen Namen einer Drittperson, erfolgt die Abtretung auf seinen eigenen Namen, damit er selbst alle erforderlichen Massnahmen einleiten kann, um im Rahmen der obgenannten Verfahren seine Interessen wahren zu können.

Zu weiteren Schritten ist die Bank nicht verpflichtet, auch dann nicht, wenn sie die hier erwähnten Rechte nicht abgetreten oder ihre Abtretung nicht vorgeschlagen hat.

Es ist Aufgabe des Kunden, seine Rechte im Rahmen der obgenannten Verfahren selbst geltend zu machen und die hierfür nötigen Informationen selbst zusammenzutragen.

19.8. Technische Verwaltung der Depotwerte

Die administrative und anlagemässige Verwaltung der Depotobjekte sind grundsätzlich Aufgaben des Kunden. Er hat alle Vorkehrungen zur Wahrung der mit den Depotobjekten verbundenen Rechte zu treffen. Erteilt der Kunde keine oder eine verspätete Weisung, entscheidet die Bank selbstständig und unter bestmöglicher Wahrung des Kundeninteresses (z.B. Belastung des Kundenkontos im Zusammenhang mit der Ausübung von Bezugsrechten). Ebenso werden Ansprüche auf Rückerstattung sowie Anrechnung von Quellensteuern nur aufgrund eines schriftlichen Auftrags des Kunden geltend gemacht, und nur sofern die Bank entscheidet, eine solche Rückerstattung oder Anrechnung von Quellensteuern als Dienstleistung anzubieten.

Die Depotverwaltungsdienstleistungen der Bank sind rein technischer Natur und beinhalten keine wirtschaftliche Betrachtung. Dazu ist der Abschluss eines Vermögensverwaltungsvertrags mit der Bank erforderlich. Die Bank ist nicht verpflichtet, über zur Verfügung stehende Informationsmittel wie das Internet Informationen abzufragen, welche die Depotwerte des Kunden betreffen könnten. Der Bank obliegt grundsätzlich vom Tag der Deponierung an:

- der Einzug oder die bestmögliche Verwertung fälliger Zinsen und Dividenden sowie rückzahlbarer Titel;
- die Überwachung von Auslosungen, Kündigungen, Konversionen, Bezugsrechten und Amortisationen von Wertpapieren aufgrund der ihr verfügbaren branchenüblichen Informationsmittel, ohne dass die Bank diesbezüglich eine Verantwortung übernimmt;
- der Bezug neuer Couponbögen und der Umtausch von Interimsscheinen gegen definitive Titel; und
- bei Wertrechten, die nicht oder noch nicht in Wertpapierform gekleidet sind, zusätzlich die notwendigen und üblichen Verwaltungshandlungen vorzunehmen, die sich aus der Natur der Wertrechte ergeben.

Bei couponlosen Namenaktien werden Verwaltungshandlungen nur dann ausgeführt, wenn die Zustelladresse für Dividenden und Bezugsrechte auf die Bank lautet.

Die Bank übernimmt ferner auf rechtzeitig erfolgte Weisung des Kunden:

- die Besorgung von Konversionen;
- die Vermittlung von Einzahlungen auf nicht voll einbezahlte Wertschriften;
- die Entgegennahme von Zinsen und Kapitalabzahlungen auf Hypothekartiteln;
- die Kündigung und das Inkasso von Hypothekartiteln;

- die Ausübung oder den Verkauf von Bezugsrechten; sofern die Bank innerhalb einer angemessenen Frist keinen abweichenden Auftrag des Kunden entgegengenommen hat, ist sie nach eigenem Ermessen berechtigt, das Bezugsrecht nach Ablauf des dem Kunden mitgeteilten Zeitpunkts bestens zu verkaufen oder auszuüben;
- den Kauf, Verkauf und die Ausübung von anderen Rechten.

Ohne zusätzliche Weisung ist die Bank nicht verpflichtet, interessewahrende Folgehandlungen auszuführen.

Die Bank ergreift keine betriebsrechtlichen oder prozessualen Massnahmen und übernimmt insbesondere keine Vertretungsaufgaben im Zusammenhang mit Insolvenz- oder gerichtlichen Verfahren. Sie leitet lediglich die ihr zugekommenen Informationen an den Kunden weiter.

19.9. Aufgeschobener Titeldruck

Bei Depotobjekten, deren Verbriefung in einer Urkunde aufgeschoben ist oder aufgeschoben werden kann, ist die Bank ausdrücklich ermächtigt:

- bei Einlieferung einer bereits bestehenden Urkunde deren Annullierung zu veranlassen und den Depotwert als Wertrecht einzubuchen;
- während der Deponierung auf Rechnung und Risiko des Kunden die üblichen Verwaltungshandlungen auszuüben, dem Emittenten die nötigen Instruktionen zu erteilen und bei ihm die erforderlichen Informationen einzuholen;
- bei der Auslieferung aus dem Depot für den Kunden die Ausfertigung der Urkunde zu verlangen.

19.10. Bewertung

Die Bewertungen des Depotinhalts beruhen auf Kursen und Kurswerten aus banküblichen Informationsquellen. Einige dieser Angaben werden möglicherweise nur periodisch aktualisiert. Die Bewertung kann auch durch den Emittenten selbst oder durch an ihn gebundene, in keiner Weise unabhängige Dritte erfolgen. Stehen die Angaben der Bank nicht oder nicht mehr zur Verfügung, entscheidet die Bank, ob sie die letzten Schätzungen im Auszug der Depotobjekte beibehält oder auf eine Wertangabe der betreffenden Position verzichtet. **In jedem Fall gelten die angegebenen Werte bloss als Richtlinien und sind für die Bank nicht verbindlich. Die Auszüge der Bank dürfen nicht als Grundlage für andere Rechtsgeschäfte verwendet werden.**

20. Einhaltung von Gesetzen/Steuer Ehrlichkeit/Wirtschaftssanktionen

Der Kunde ist dafür verantwortlich, die auf ihn anwendbaren gesetzlichen und regulatorischen Vorschriften einzuhalten. Dazu gehört unter anderem die korrekte Meldung für Steuerzwecke seiner Vermögenswerte und seiner Einkünfte und/oder Erträge sowie alle damit verbundenen Erklärungen und Meldungen nach den für ihn persönlich geltenden steuerlichen/rechtlichen Vorschriften. Es liegt in der Verantwortung des Kunden, sich über diese Bestimmungen zu informieren und sie zu erfüllen.

Der Kunde wird der Bank auf Verlangen die schriftliche Bestätigung eines unabhängigen Steuerberaters über die Einhaltung der Steuerpflicht des Kunden zur Verfügung stellen.

Die Bank kann gesetzlich verpflichtet sein, die Geschäftsbeziehung mit dem Kunden sowie allenfalls weitere Details dazu gegenüber einer ausländischen Behörde (z.B. einer Finanzverwaltung), einer Gegenpartei der Bank (z.B. einer Depotstelle) oder weiteren Beteiligten (z.B. einem anderen Finanzintermediär im Zusammenhang mit der Aktionärsrechterichtlinie ARRL [auch: Shareholders Rights Directive, SRD]) offenzulegen. In solchen Fällen ist die Bank berechtigt, die Geschäftsbeziehung samt allen erforderlichen Details gegenüber den zuständigen Stellen zu melden. Diese Meldung entbindet den Kunden nicht von seinen gesetzlichen Verpflichtungen. Dies gilt insbesondere für die Offenlegung seiner Einkommens- und Vermögenssituation im Rahmen seiner Steuererklärung und die Entrichtung der entsprechenden Steuerzahlungen.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Möglichkeit, bestimmte Zahlungen oder Anlagen zu tätigen, durch Sanktionen eingeschränkt sein kann, welche durch die Vereinten Nationen, die Schweiz (z.B. das Staatssekretariat für Wirtschaft SECO), die Europäische Union, die Vereinigten Staaten (z.B. das Office of Foreign Assets Control, OFAC) oder durch andere zuständige nationale oder internationale Behörden zu einem beliebigen Zeitpunkt verhängt werden. Der Kunde bestätigt, dass er der Bank keine Aufträge zur Tätigung von Zahlungen oder Anlagen erteilen wird, welche dazu führen, dass die Bank oder von ihr beauftragte Dritte wie Korrespondenzbanken, Sammeldepotzentralen oder Drittverwahrer (Unterdepotbank) Transaktionen ausführt/ausführen oder erleichtert/erleichtern oder Vermögenswerte verwahrt/verwahren, welche Gegenstand von Sanktionen sind. Hat der Kunde Grund, anzunehmen, oder wird ihm bekannt, dass er selbst, Verfügungsberechtigte, wirtschaftlich berechnete Personen, allfällige weitere Dritte, Transaktionen oder Vermögenswerte Gegenstand von Sanktionen geworden sind oder werden, wird er die Bank umgehend informieren.

21. Entbindung vom Geheimnisschutz/ Datenweitergabe

Den Mitgliedern der Organe der Bank, ihren Mitarbeitenden und Beauftragten obliegt aufgrund rechtlicher Bestimmungen über das Bankgeheimnis, den Datenschutz sowie weiterer Berufsgeheimnisse (nachfolgend: Geheimnisschutz) die zeitlich unbegrenzte Pflicht zur Geheimhaltung von Informationen, die ihnen aufgrund von Geschäftsbeziehungen zugänglich gemacht werden. Unter den Geheimnisschutz fallende Informationen werden nachfolgend als «Kundendaten» bezeichnet.

Zu den Kundendaten gehören sämtliche Informationen im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung zum Kunden, insbesondere vertrauliche Informationen über den Kontoinhaber, Verfügungsberechtigte, wirtschaftlich berechtigte Personen sowie allfällige weitere Dritte. Vertrauliche Informationen sind unter anderem Namen/Firma, Adresse, Wohnsitz/Sitz, Geburts-/Gründungsdatum, Beruf/Zweck, Kontaktdetails, Kontonummer, IBAN, BIC und weitere Transaktionsdaten, Kontosaldis, Portfoliodaten, Angaben zu Krediten und weiteren Bank- oder Finanzdienstleistungen sowie steuer- oder sorgfaltspflichtrechtlich relevante Informationen.

Für die Erbringung ihrer Dienstleistungen wie auch zur Wahrung ihrer berechtigten Ansprüche ist es für die Bank erforderlich, unter den Geheimnisschutz fallende Kundendaten an Gesellschaften der VP Bank Gruppe oder Dritte im In- oder Ausland weiterzugeben sowie Mitarbeitenden der Bank oder beauftragten Dritten, die sich zur strikten Einhaltung des Geheimnisschutzes verpflichtet haben, einen Fernzugriff (Remote-Access) auf Kundendaten aus dem In- oder Ausland zu gestatten. Der Kunde entbindet die Bank hinsichtlich der Kundendaten ausdrücklich vom Geheimnisschutz und ermächtigt die Bank zur Weitergabe von Kundendaten an Gesellschaften der VP Bank Gruppe oder Dritte im In- oder Ausland. Die Kundendaten können dabei auch in Form von Dokumenten weitergegeben werden, welche die Bank im Zusammenhang mit der Geschäftsbeziehung vom Kunden oder von Dritten erhalten bzw. selbst erstellt hat.

Die Bank kann daher Kundendaten insbesondere in folgenden Fällen weitergeben:

- Die Weitergabe der Kundendaten wird gegenüber der Bank durch eine Behörde oder ein Gericht verfügt.
- Die Einhaltung der auf die Bank anwendbaren in- und ausländischen Rechtsvorschriften erfordert die Weitergabe (z.B. im Zusammenhang mit der SRD).
- Die Bank nimmt zu rechtlichen Schritten Stellung, welche der Kunde oder Dritte gegen die Bank auf der Grundlage einleitet oder einleiten, dass sie Dienstleistungen für den Kunden erbracht hat.
- Die Begründung von Sicherheiten zugunsten der Bank oder die Sicherstellung von deren Verwertbarkeit erfordert die Weitergabe, z.B. die Eintragung der Sicherheiten in ein Register.
- Die Bank verwertet Sicherheiten des Kunden oder Dritter zur Befriedigung ihrer Ansprüche ihm gegenüber.
- Die Bank nimmt Betreibungshandlungen vor oder ergreift andere rechtliche Schritte gegenüber dem Kunden.
- Die Bank nimmt zu Vorwürfen Stellung, welche der Kunde in der Öffentlichkeit oder gegenüber Behörden des In- und Auslands gegen die Bank erhoben hat.
- Die Bank ist im Rahmen der Ausführung von Zahlungsaufträgen verpflichtet, Kundendaten weiterzuleiten, oder eine solche Weiterleitung ist üblich. Dadurch werden diese Kundendaten den beteiligten Banken und Systembetreibern (z.B. SWIFT oder SIC) sowie in der Regel auch dem Begünstigten bekannt. Die Verwendung der Zahlungsverkehrssysteme kann bedingen, dass die Aufträge über internationale Kanäle abgewickelt werden und diese Kundendaten ins Ausland gelangen, sei es durch die automatisierte Weitergabe oder auf Anfrage von beteiligten Instituten.
- Der Kunde ersucht bei der Bank um die Ausstellung einer Kredit-/Debitkarte für sich oder einen Dritten.
- Dienstleister der Bank erhalten im Rahmen abgeschlossener Verträge (z.B. Vertriebsvereinbarungen für Finanzinstrumente) Zugang zu Kundendaten.
- Die Bank nimmt gruppenweite Koordinationsaufgaben wahr, z.B. hinsichtlich Geldwäschereibekämpfung, Risikomanagement oder Marketing.
- Die Bank lagert einzelne Geschäftsbereiche oder Teile davon an Gruppengesellschaften oder Dritte im In- oder Ausland aus (vgl. Ziffer 25). Dazu gehören z.B. Druck und Versand von Bankdokumenten, Wartung und Betrieb von IT-Systemen, Kreditadministration wie Prüfung des Kreditantrags, Abwicklung, Erhöhung oder Verlängerung des Kredits, sonstige Kreditanpassungen sowie Vermögensverwaltung. Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften kann grundsätzlich jeder Geschäftsbereich Gegenstand einer Auslagerung sein.
- Die produktspezifischen Dokumente eines Depotobjekts (z.B. ein Wertpapier- oder Fondsprospekt) sehen eine Weitergabe von Kundendaten vor.
- Die Bank ist im Rahmen des Handels, der Verwahrung oder der Verwaltung (vgl. Ziffer 19.8) von Depotobjekten (vgl. Ziffer 19.1) durch Rechtsvorschriften im In- und Ausland zur Weitergabe der Kundendaten verpflichtet bzw. berechtigt. Dazu gehört z.B. die Meldung von Transaktionen an Aufsichtsbehörden oder zugelassene Meldestellen im Rahmen von FINFRAG, EMIR und MiFIR oder an beteiligte Personen im Zusammenhang mit der SRD. Ebenso kann die Weitergabe zur Durchführung einer Handelstransaktion, der Verwahrung oder der Verwal-

tung erforderlich sein. Dies ist z.B. der Fall, wenn Handelsplätze, Sammeldepotzentralen, Drittverwahrer, Broker, Korrespondenzbanken, Emittenten, Finanzmarktaufsichts- oder andere Behörden usw. ihrerseits verpflichtet sind, von der Bank die Offenlegung der Kundendaten zu verlangen. Die Bank kann Kundendaten im Einzelfall auf Anfrage, aber auch aus eigener Initiative (z.B. im Rahmen des Ausfüllens der für die Handelstransaktion, die Verwahrung oder die Verwaltung notwendigen Dokumente) weitergeben.

- Anfragen können dabei auch nach Abschluss einer Handelstransaktion, der Verwahrung oder der Verwaltung, insbesondere zu Überwachungs- und Untersuchungszwecken, erfolgen. In diesen Fällen kann die Bank den Handel, die Verwahrung oder die Verwaltung von Depotobjekten von einer vorgängigen separaten und schriftlichen Erklärung abhängig machen, in welcher der Kunde die Bank ausdrücklich vom Geheimnisschutz entbindet. Fehlt eine solche Erklärung, ist die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet, sämtliche Aufträge für die betroffenen Börsenplätze abzulehnen.
- Zum Zweck der Wiederherstellung des Kundenkontakts bei Kontaktabbruch, insbesondere auch dann, wenn die Geschäftsbeziehung noch nicht nachrichtenlos geworden ist (vgl. Ziffer 12).

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Kundendaten nach erfolgter Weitergabe allenfalls nicht mehr vom Geheimnisschutz erfasst sind. Dies gilt insbesondere bei einer Weitergabe ins Ausland, und es ist ebenfalls nicht sichergestellt, dass das ausländische Schutzniveau demjenigen am Standort der Bank entspricht. In- wie ausländische Gesetze und behördliche Anordnungen können Gesellschaften der VP Bank Gruppe oder Dritte dazu verpflichten, die erhaltenen Kundendaten ihrerseits offenzulegen, und die Bank hat auf die allfällige weitere Verwendung der Kundendaten keinen Einfluss mehr. Die Bank ist nicht verpflichtet, dem Kunden mitzuteilen, dass Kundendaten weitergegeben wurden.

22. Anlageberatung und Vermögensverwaltung

Die Bank ist ohne gesonderte Vereinbarung nicht zur Überwachung von Anlagen verpflichtet, für welche sie Anlageberatung erbracht hat. Sie ist insbesondere zu keinem Zeitpunkt gehalten, den Kunden über die wertmässige Entwicklung solcher Anlagen zu orientieren oder ihn auf anderen zwischenzeitlich eingetretenen Handlungsbedarf hinzuweisen (z.B. Streichung aus einer Empfehlungsliste, Abgabe einer Kauf- oder Verkaufsempfehlung im Rahmen von Finanzanalysen der Bank).

Ferner ist die Bank im Rahmen einer Vermögensverwaltung oder Anlageberatung nicht verpflichtet, steuerliche Auswirkungen von Anlageentscheiden bzw. -empfehlungen für den Kunden nach dem Recht seines Domizillands oder im Hinblick auf sonstige Steuern oder Abgaben zu berücksichtigen. Die Bank übernimmt diesbezüglich weder eine Haftung noch erbringt sie eine steuerrechtliche Beratung. Dem Kunden ist bekannt, dass Einkünfte aus Anlagen in der Regel steuerpflichtig sind. Abhängig vom jeweils anwendbaren Steuerrecht im In- oder Ausland können bei der Auszahlung von Erträgen oder Veräusserungserlösen Steuern anfallen, die direkt an die zuständige Steuerbehörde abgeführt werden müssen und daher den an den Kunden auszahlenden Betrag mindern.

23. Keine Rechts- und Steuerberatung

Die Bank erbringt keine Rechts- oder Steuerberatungsdienstleistungen und gibt weder allgemeine noch auf die spezifischen Umstände und Bedürfnisse eines Kunden bezogene Erklärungen bzw. Empfehlungen im Hinblick auf die steuerliche Behandlung von Vermögenswerten oder die damit verbundenen Erträge ab.

24. Zuwendungen (Inducements/Retrozessionen/Anreize)

Die Bank behält sich das Recht vor, Dritten im Rahmen der auf sie anwendbaren rechtlichen Vorschriften für die Akquisition von Kunden und/oder die Erbringung von Dienstleistungen Zuwendungen zu gewähren. Bemessungsgrundlage für solche Zuwendungen können insbesondere die den Kunden belasteten Kommissionen, Gebühren usw. und/oder bei der Bank platzierte Vermögenswerte/Vermögensbestandteile sein. Ihre Höhe entspricht üblicherweise einem prozentualen Anteil der jeweiligen Bemessungsgrundlage. Die Bank wird die Höhe der gewährten Zuwendungen im Zuge der Erbringung der Dienstleistung offenlegen. Auf Verlangen legt die Bank jederzeit weitere Einzelheiten über die diesbezüglich mit Dritten getroffenen Vereinbarungen offen. Auf einen weitergehenden Informationsanspruch gegenüber der Bank verzichtet der Kunde hiermit ausdrücklich.

Erbringt die Bank unabhängige Anlageberatung oder Vermögensverwaltung, nimmt sie von Dritten keine Zuwendungen entgegen bzw. leitet solche an den Kunden weiter.

Der Kunde nimmt zur Kenntnis und akzeptiert, dass die Bank im Rahmen einer abhängigen Anlageberatung bzw. einer Auftragsausführung in Finanzinstrumente (Execution Only und beratungsfreies Geschäft) Zuwendungen entgegennehmen und einbehalten kann, sofern diese die Qualität der Dienstleistung gegenüber dem Kunden verbessern und nicht zu einem Interessenkonflikt führen. Die

Bank wird die Höhe der einbehaltenen Zuwendungen im Zuge der Erbringung der Dienstleistung offenlegen.

Solche einbehaltenen Zuwendungen können von Dritten (inklusive Gruppengesellschaften) im Zusammenhang mit dem Erwerb/Vertrieb von kollektiven Kapitalanlagen, Zertifikaten, Notes usw. (nachfolgend: Produkte – darunter fallen auch solche, die von einer Gruppengesellschaft verwaltet und/oder herausgegeben werden) in Form von Bestandszahlungen und Abschlussprovisionen (z.B. aus Ausgabe- und Rücknahmekommissionen) gewährt werden. Die Höhe solcher Zuwendungen ist je nach Produkt und Anbieter unterschiedlich. Bestandszahlungen bemessen sich in der Regel nach der Höhe des von der Bank gehaltenen Volumens eines Produkts oder einer Produktgruppe. Ihre Höhe entspricht üblicherweise einem prozentualen Anteil der dem jeweiligen Produkt belasteten Verwaltungsgebühren, welche periodisch während der Halte-dauer vergütet werden.

Abschlussprovisionen sind Einmalzahlungen. Ihre Höhe entspricht einem prozentualen Anteil des jeweiligen Ausgabe- und/oder Rücknahmepreises. Zusätzlich können Vertriebsprovisionen von Wertpapieremittenten auch in Form von Abschlägen auf den Emissionspreis (Rabatt) gewährt oder in Form von Einmalzahlungen geleistet werden, deren Höhe einem prozentualen Anteil des Emissionspreises entspricht.

Die nachfolgende Übersicht enthält die prozentualen Bandbreiten, innerhalb derer solche Zuwendungen erfolgen können.

Bestandeskommission

Produktkategorie Investmentfonds	Indikative Prozentbandbreite*
Geldmarktfonds	Bis 0.5 %
Anleihenfonds	Bis 1.0 %
Aktienfonds	Bis 2.0 %
Andere Fonds	Bis 1.5 %
Nichttraditionelle Fonds	Bis 2.0 %

Strukturierungs-/Platzierungsgebühr

Strukturierte Produkte	Bis 2.0 %*
------------------------	------------

* Prozentuale Bandbreiten (in % des Investitionsvolumens p.a.)

Darüber hinaus kann der Kunde von der Bank jederzeit weitere Einzelheiten über die mit Dritten getroffenen Vereinbarungen zu solchen Zuwendungen verlangen.

25. Auslagerung von Geschäftsbereichen, Dienstleistungen und Datenverarbeitung (Outsourcing)

Im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften bezüglich des Outsourcing von Geschäftsbereichen und Dienstleistungen kann die Bank grundsätzlich jeden Geschäftsbereich und jede Dienstleistung bzw. Teile davon auslagern. Dazu gehören z.B. Zahlungsverkehr, Wertschriftenabwicklung, Investment-Controlling, Kreditadministration, Druck und Versand von Bankdokumenten, Wartung, Betrieb und Sicherheit von IT-Systemen, Vermögensverwaltung sowie die Erfüllung von Meldepflichten (z.B. Erstellung von Meldungen unter FATCA oder AIA). Eine Auslagerung kann an die Gruppengesellschaften der Bank, die Tochtergesellschaften der Bank sowie an Dritte erfolgen. Diese können dabei ihren Sitz sowohl im Domizilland der Bank als auch im Ausland haben. Der Kunde ist damit einverstanden, dass die Bank zu diesem Zweck die Kundendaten an ausgewählte Dritte und Partner übertragen und sie von diesen in deren zentralen Computersystemen gespeichert, verwaltet und bearbeitet werden können. Im Rahmen der auf die Bank anwendbaren Datenschutzbestimmungen können Kundendaten in Ländern bearbeitet werden, in denen das Schutzniveau nicht demjenigen Liechtensteins oder der Schweiz entspricht. Eine Weitergabe der Daten erfolgt jedoch nur, wenn sich die ausgewählten Dritten und Partner vorgängig zur Wahrung des Bankgeheimnisses und zum Nachweis eines angemessenen Datenschutzes verpflichtet haben.

26. Haftungsbeschränkung

Die Bank wird alle Handlungen im Rahmen der Geschäftsbeziehung mit dem Kunden mit der geschäftsüblichen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit ausführen. Im Rahmen der einschlägigen Gesetze, Vorschriften und vertraglichen Vereinbarungen im Zusammenhang mit der gesamten Geschäftsbeziehung zwischen dem Kunden und der Bank ist die Haftung der Bank, ihrer Mitarbeitenden oder Hilfspersonen sowie aller Einheiten der VP Bank Gruppe in allen Geschäften mit dem Kunden für daraus resultierende und ordnungsgemäss nachgewiesene Verluste oder Schäden auf Fälle von grober Fahrlässigkeit oder Vorsatz beschränkt.

27. Pfand- und Verrechnungsrecht

Die Bank hat für alle ihre bestehenden oder künftigen Forderungen aus der Geschäftsbeziehung ein Pfand- und Verrechnungsrecht an allen Vermögenswerten, die sie auf Rechnung des Kunden bei sich selbst oder andernorts aufbewahrt. Dies gilt unabhängig davon, ob die Forderung fällig ist, auf welche Währung sie lautet oder ob eine gesondert vereinbarte Sicherheit für sie besteht. Das Pfand- und Verrechnungsrecht gilt auch für allfällige

Schadloshaltungs- und Befreiungsansprüche der Bank, insbesondere wenn sie im Zusammenhang mit für den Kunden getätigten Transaktionen oder für den Kunden gehaltenen Vermögenswerten von Dritten (z.B. Liquidatoren oder Behörden) in Anspruch genommen werden.

Bei Verzug des Kunden ist die Bank jederzeit ermächtigt und berechtigt, die verpfändeten Vermögenswerte freihändig oder zwangsrechtlich zu verwerten, insbesondere den Selbsteintritt zu erklären und die Salden aller Konten des Kunden, unabhängig von deren Bezeichnung oder Währung und unabhängig von allfällig laufenden Termingeschäften, zu verrechnen oder einzeln geltend zu machen bzw. die verpfändeten Vermögenswerte freihändig oder zwangsrechtlich zu verwerten. Der Kunde hat die Bank vollumfänglich für alle durch Verzug begründeten Schäden, Verluste und Kosten (inklusive externer Kosten wie Anwaltskosten) schadlos zu halten.

28. Kündigung

Sofern keine Kündigungsfrist bzw. kein Kündigungstermin vereinbart wurde, darf die Bank bestehende Geschäftsbeziehungen oder einzelne Dienstleistungen jederzeit beenden, insbesondere auch zugesagte oder erteilte Kredite widerrufen und ihre Guthaben ohne weitere Kündigungen fällig stellen und einfordern. Auch wenn eine Kündigungsfrist oder ein Kündigungstermin besteht, darf die Bank in folgenden Fällen die Geschäftsbeziehung sofort beenden:

- Der Kunde ist mit einer Leistung im Verzug.
- Die Vermögenslage des Kunden hat sich grundlegend verschlechtert.
- Gegen den Kunden oder dessen Pfandsteller wird ein Strafverfahren wegen Geldwäscherei oder Vortaten dazu geführt. Ist der Kunde oder der Pfandsteller eine juristische Person, gilt dasselbe, wenn sich das Strafverfahren gegen ein Organ, eine wirtschaftlich berechtigte Person oder einen Begünstigten richtet.

29. Auslieferung, Verwertung, gerichtliche Hinterlegung

Wird die Geschäftsbeziehung oder Dienstleistung gekündigt oder kann die Bank einzelne Vermögenswerte oder Guthaben aus produktspezifischen, regulatorischen oder sonstigen Gründen nicht mehr verwahren, ist der Kunde verpflichtet, der Bank innerhalb der ihm gesetzten Frist mitzuteilen, wohin die Vermögenswerte und Guthaben zu übertragen sind. Unterlässt der Kunde dies, kann die Bank nach Ablauf der gesetzten Frist auf den Gesamtwert der Vermögenswerte so lange eine Gebühr von 1 Prozent pro Monat oder eine pauschale Mindestgebühr erheben, bis der Bank ein entsprechender Überweisungsauftrag des Kunden vorliegt. Würde die Erhebung einer solchen

Gebühr zu einem Negativsaldo des Kontos / der Konten führen, ist die Bank berechtigt, einen Teil der hinterlegten Vermögenswerte zur Deckung des Negativsaldos zu liquidieren.

Die Bank darf die Vermögenswerte gerichtlich hinterlegen, physisch ausliefern oder sie liquidieren und den Erlös sowie noch vorhandene Guthaben des Kunden in Form eines Checks in einer von ihr bestimmten Währung an die letzte bekannte Korrespondenzadresse des Kunden schicken. Der Kunde stimmt zu, dass die Bank illiquide Vermögenswerte wertlos aus dem Depot des Kunden ausbuchen kann und verzichtet auf allfällige Ansprüche. Die Vermögenswerte und Guthaben gelten damit als dem Kunden zurückerstattet. Das oben beschriebene Vorgehen findet auch Anwendung, wenn die Übertragung aus einem anderen Grund nicht möglich ist.

30. Feiertage und Samstage

Lokale Feiertage am Sitz der Bank sowie Samstage werden im Geschäftsverkehr den Sonntagen gleichgestellt.

31. Ungültigkeit und Lücken der Basisbedingungen

Sollten einzelne oder mehrere Bestimmungen dieser Basisbedingungen unwirksam oder ungültig werden oder sollten die Basisbedingungen eine Lücke aufweisen, bleiben die übrigen Bestimmungen trotzdem weiterhin gültig. Die ungültigen Bestimmungen sind so auszulegen oder zu ersetzen, wie sie dem verfolgten Zweck am nächsten kommen.

32. Änderung der Basisbedingungen

Die Bank behält sich das Recht der jederzeitigen Änderung der Basisbedingungen vor. Die Bank teilt solche Änderungen im Voraus und in geeigneter Form mit. Die Änderungen gelten vom Kunden als akzeptiert, wenn innerhalb eines Monats keine gegenteilige schriftliche Mitteilung eingeht.

33. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Alle Rechtsbeziehungen des Kunden mit der Bank unterstehen dem schweizerischen Recht, unter Ausschluss des Kollisionsrechts. Erfüllungsort sowie ausschliesslicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten und Verfahren im Zusammenhang mit der Rechtsbeziehung zwischen dem Kunden und der Bank ist Zürich. Die Bank hat indessen auch das Recht, den Kunden bei jedem anderen zuständigen Gericht oder jeder anderen zuständigen Behörde zu belangen.

Ergänzende Bedingungen

a. Basisbedingungen für e-Services

1. Geltungsbereich

Diese Basisbedingungen gelten für alle gegenwärtigen und künftigen e-Services und Kanäle (nachfolgend: e-Services), es sei denn, sie beziehen sich ausdrücklich auf einen bestimmten e-Service. Im Fall eines Widerspruchs zwischen diesen Basisbedingungen und denen, die sich auf einen bestimmten e-Service beziehen, haben die letzteren Bedingungen Vorrang.

Die von der Bank angebotenen e-Services (einschliesslich Webportaldienste, Mobiltelefon-Applikationen, Datenübertragungen usw.) werden auf der Website der Bank beschrieben. Die Bank behält sich das Recht vor, das Dienstleistungsangebot jederzeit zu ändern.

2. Zugang zu den e-Services

Der technische Zugang zu den e-Services für den Kunden und seine Bevollmächtigten und/oder die Benutzer (nachfolgend allein als «Kunde» oder kollektiv als «Benutzer» bezeichnet) erfolgt nach deren eigenem Ermessen entweder über das Internet via den Internet Service Provider (ISP) ihrer Wahl und unter der Verwendung der von Dritten erhaltenen Software oder über ein von Dritten erhaltenes Mobiltelefon und/oder über ein anderes elektronisches Gerät, welches mindestens den Spezifikationen entspricht, die auf der betreffenden aktualisierten Website der Bank oder anderswo angegeben sind, oder via Direktwahl (ohne Nutzung des Internets als Kommunikationskanal).

Der Zugang zu den e-Services wird durch den jeweiligen Benutzer-Authentifizierungsmechanismus (Ein- oder Zwei-Faktor-Authentifizierung) gewährt, welcher in der individuellen Vereinbarung über die e-Services festgelegt ist. Die Angaben zur Benutzerauthentifizierung werden an die Postadresse versandt, die der Kunde der Bank zuletzt mitgeteilt hat.

Jeder Benutzer, der seine Identität unter Verwendung der in den geltenden Bedingungen angegebenen Identifikationsmittel verifiziert, erhält Zugang zu den e-Services.

Die über die e-Services übermittelten Aufträge, Anweisungen und Mitteilungen gelten als vom Benutzer verfasst, autorisiert und versandt, ungeachtet etwaiger Einschränkungen im Innenverhältnis zwischen den Benutzern und ungeachtet anderslautender Eintragungen im Handelsregister, in anderen Veröffentlichungen oder der mit der Bank getroffenen Regelung der Verfügungsberechtigung. Demzufolge ist die Bank ihren Verpflichtungen ordnungsgemäss nachgekommen, wenn sie, nachdem sie die Identität des Benutzers gemäss den Authentifizierungsdaten korrekt überprüft hat, die im Rahmen der individuellen Vereinbarung über die e-Services erhaltenen Mitteilungen, Anweisungen und Aufträge befolgt.

Der Kunde anerkennt vorbehaltlos alle Transaktionen, die über die e-Services in Verbindung mit seinen persönlichen Kundenauthentifizierungsdaten oder mit denjenigen seiner Benutzer getätigt werden, insbesondere wenn sie ohne schriftliche Anweisungen in Bezug auf die Geld-/Depotkonten getätigt werden, die in der individuellen Vereinbarung über die e-Services und die dazugehörigen Anhänge oder Ergänzungen angegeben sind.

3. Auftragserteilung

Der Benutzer kann die e-Services 24 Stunden am Tag nutzen. Doch die Ausführung von Weisungen, insbesondere von Börsen- und Zahlungsaufträgen, hängt von den Geschäftszeiten der Bank und den anderen beteiligten Institutionen und Systemen, wie Börsen, Abwicklungssysteme und Clearingstellen, ab.

Die Auftragserteilung erfolgt durch das Senden von entsprechenden Daten. Nach dem vollständigen Eintreffen der Daten bei der Bank wird der Auftrag von ihr bearbeitet. Ein Widerruf des erteilten Auftrags ist nur bei rechtzeitiger direkter Kontaktaufnahme mit der Bank möglich und nur solange der Auftrag noch nicht ausgeführt wurde. Wurde der Bank ein Auftrag auf elektronischem Wege erteilt und ist nach der Auftragserteilung feststellbar, dass dieser von der Bank gar nicht oder nicht vollständig auftragsgemäss ausgeführt wurde, ist der Benutzer verpflichtet, bei der Bank umgehend eine entsprechende Reklamation anzubringen.

Der Benutzer muss vor dem Absenden überprüfen, ob alle Daten vollständig und korrekt sind. Die Verantwortung für die vom Benutzer gesandten Daten bleibt bis zur Eingangsbestätigung über die e-Services beim Kunden. Das Risiko einer Fehl- oder Rückleitung, die durch die Eingabe falscher oder unvollständiger Angaben entsteht, trägt der Kunde.

Die Bank ist berechtigt, jederzeit und ohne Angabe von Gründen die Erteilung von Auskünften oder die Entgegennahme von Weisungen, Aufträgen oder Mitteilungen über die e-Services abzulehnen und eine Benutzerauthentifizierung mit anderen Mitteln zu verlangen.

Bei der Bank eingehende Aufträge, Anweisungen und Mitteilungen werden von ihr im Rahmen der gesamten Kundenbeziehung bearbeitet. Die Bank behält sich deshalb insbesondere das Recht vor, die Ausführung von Aufträgen mangels Deckung oder wegen ungenügender Kreditlimite abzulehnen.

Die Bank ist nicht verpflichtet, Aufträge auszuführen, die auf elektronischem Wege erteilt wurden, sofern keine gesonderte schriftliche Vereinbarung getroffen wurde.

Mitteilungen an die Bank, welche über die integrierte Nachrichtenfunktion eines e-Service (z.B. e-banking, Web-

portal und die betreffende Mobiltelefon-Applikation) versendet werden, dürfen keine Aufträge (z.B. Börsen-/Zahlungsaufträge), Sperrungen (z.B. Sperre des Zugangs zu e-Banking/Maestro-Karten) oder sonstigen fristenabhängigen Weisungen enthalten. Allfällige Schäden, die dem Kunden durch dieser Bestimmung widersprechende Mitteilungen entstehen können, trägt allein der Kunde.

Der Kunde ist sich bewusst, dass sich die e-Services nicht für den spekulativen Handel mit Aktien und Derivaten innerhalb eines Tages und zur Ausnutzung kurzfristiger Kursschwankungen eignen. Der Kunde akzeptiert, dass über die e-Services gekaufte Effekten unter Umständen systembedingt nicht wieder am gleichen Tag verkauft werden können.

4. Unterzeichnung von Dokumenten

Die Bank kann eingescannte und über einen e-Service übermittelte Bankformulare, welche vom Kunden oder einem Bevollmächtigten (im Rahmen seiner jeweiligen Bevollmächtigung gemäss den Vollmachtsformularen der Bank) unterzeichnet sind, als rechtlich verbindlich anerkennen, ist aber dazu nicht verpflichtet. Unter anderem kann sie die rechtliche Verbindlichkeit der Bankformulare von der physischen Übermittlung eines unterzeichneten Originals sowie von der Verwendung bestimmter Dateiformate abhängig machen.

5. Verpflichtungen des Benutzers

Der Benutzer ist verpflichtet, seine Authentifizierungsdaten an separaten Orten aufzubewahren, sie geheim zu halten und vor Missbrauch durch Unbefugte zu schützen. Besteht der begründete Verdacht, dass ein Unbefugter Zugang zu den Authentifizierungsdaten erlangt hat oder erlangen könnte, ist der Benutzer verpflichtet, dies der Bank während der üblichen Geschäftszeiten unverzüglich mitzuteilen und dies unverzüglich schriftlich zu bestätigen. Die Bank wird die Authentifizierungsdaten der betreffenden Person unverzüglich sperren. Die daraus entstehenden Kosten gehen zulasten des Kunden.

Der Benutzer ist verpflichtet, die Sicherheitsrisiken, die bei der Benutzung des Internets entstehen, durch den Einsatz geeigneter, jeweils dem aktuellen Stand der Technik entsprechender Sicherheitsmassnahmen (insbesondere Passwortschutz, Anti-Viren-Programme, Firewalls usw.) zu minimieren. Des Weiteren verpflichtet er sich, die auf den Internetseiten der jeweiligen e-Services angebrachten oder ihm in anderer Form zur Verfügung gestellten Sicherheitsinformationen zur Kenntnis zu nehmen und allenfalls empfohlene Sicherheitsmassnahmen innerhalb einer angemessenen Frist zu treffen.

6. Ausschluss von Gewährleistung und Haftung

Die Bank gewährleistet weder, dass der Benutzer uneingeschränkten, ununterbrochenen Zugang zu den e-Services hat, noch, dass die Nutzung dieser e-Services durch den Benutzer uneingeschränkt oder ununterbrochen erfolgen wird. Ebenso kann die Bank nicht gewährleisten, dass die uneingeschränkte Betriebsbereitschaft des Internets oder die Übermittlung von Daten per E-Mail, SMS, Mobiltelefon-Applikation usw. rechtzeitig für die Nutzung zur Verfügung steht.

Die Bank haftet nicht für Schäden, die aus mangelnder Handlungsfähigkeit des Kunden oder seiner Bevollmächtigten entstehen. Darüber hinaus haftet die Bank nicht für indirekte oder Folgeschäden, einschliesslich entgangener Gewinne, Ansprüche Dritter oder Verluste, die infolge einer Verletzung der Vertragspflichten durch den Kunden oder seine Bevollmächtigten entstehen.

Die Bank schliesst jede Haftung für das Endgerät des Kunden (z.B. Computer, Mobiltelefon usw.) sowie für den technischen Zugang zu den e-Services oder für die benötigte Software aus. Ebenfalls lehnt die Bank jede Haftung für allfällige Mängel der von ihr über Datenträger, Download usw. zur Verfügung gestellten Software ab.

Die e-Services werden über ein offenes, öffentlich zugängliches Netzwerk (z.B. Internet, Telefonnetzwerk) bereitgestellt. Die Bank übernimmt keine Haftung für Verluste oder Schäden, die durch die Nutzung solcher offenen Netzwerke entstehen können. Insbesondere haftet die Bank nicht für Schäden, die dem Kunden aufgrund von Übermittlungsfehlern, technischen Mängeln, Ausfällen, Unterbrüchen und Verzögerungen (insbesondere Verarbeitungsverzögerungen), rechtswidrigem Eindringen in Anlagen und Systeme von Netz- und/oder Telekommunikationsbetreibern, Überlastung der Systeme dieser Betreiber, böswilliger Blockierung des Online-Zugangs durch Dritte, Störungen, Systemzusammenbrüchen, Stromausfällen oder sonstigen Ausfällen oder Störungen, die den Netz- und/oder Telekommunikationsbetreibern zuzurechnen sind, entstehen können.

Wenn Sicherheitsrisiken festgestellt werden, behält sich die Bank das Recht vor, die betreffenden e-Services bis zur Beseitigung der Sicherheitsrisiken auszusetzen. Die Bank ist auch berechtigt, die betreffenden e-Services zwecks Durchführung von Wartungsarbeiten auszusetzen.

7. Sperrung des Zugangs

Der Kunde kann den Zugang zu den e-Services für sich selbst oder für andere Benutzer sperren lassen. Die Sperrung des Zugangs kann nur während der üblichen Geschäftszeiten der Bank beantragt werden und ist unver-

züglich schriftlich zu bestätigen. Der Zugang zu den e-Services kann nur auf schriftlichen Antrag des Kunden bei der Bank wiederhergestellt werden.

Die Bank ist berechtigt, den Zugang des Benutzers zu einzelnen oder sämtlichen e-Services ohne Angabe von Gründen und ohne vorherige Ankündigung zu sperren.

8. Ermächtigung und Übertragung von Befugnissen

Die Ermächtigung von Benutzern durch den Kunden zur Inanspruchnahme der e-Services gilt bis zum Eingang eines schriftlichen Widerrufs bei der Bank. Es wird ausdrücklich bestimmt, dass eine erteilte Ermächtigung mit dem Tod oder einem allfälligen Verlust der Handlungsfähigkeit des Kunden nicht erlischt, sondern bis zum schriftlichen Widerruf und ungeachtet anderslautender Handelsregistereinträge und anderer Veröffentlichungen in Kraft bleibt.

Der Widerruf oder die Änderung des Zeichnungsrechts eines Benutzers auf den bei der Bank hinterlegten Unterschriftenformularen des Kunden bewirken ohne ausdrücklichen Hinweis keine Änderung betreffend dessen Ermächtigung zur Benutzung der e-Services. Dazu bedarf es vielmehr eines ausdrücklichen Widerrufs gemäss dem obigen Absatz.

9. Bankgeheimnis

Der Benutzer anerkennt, dass das schweizerische Bankgeheimnis ausschliesslich im schweizerischen Staatsgebiet anwendbar ist. Folglich unterliegen alle Daten, die ausserhalb der Schweiz übermittelt werden sollen und/oder elektronische Daten usw., die sich ausserhalb der Schweiz befinden, den Rechtsordnungen anderer Länder, welche oft nicht ein mit dem schweizerischen Bankgeheimnis vergleichbares Schutzniveau der Privatsphäre des Kunden bieten.

Der Benutzer nimmt zur Kenntnis, dass die Daten über ein offenes, für jedermann zugängliches Netzwerk übertragen werden. Daten können somit grenzüberschreitend und unkontrolliert/ungeprüft übermittelt werden, auch wenn sich Absender und Empfänger in der Schweiz befinden. Der Benutzer akzeptiert ferner, dass Informationen, die der Benutzer oder die Bank separat per E-Mail, SMS, Mobiltelefon-Applikation und dergleichen austauschen, in der Regel unverschlüsselt übermittelt werden, weshalb das Bankgeheimnis nicht gewährleistet ist. Auch wenn die Übermittlung verschlüsselt erfolgt, sind Absender und Empfänger unverschlüsselt. Somit ist es für Dritte möglich, auf das Bestehen einer Geschäftsbeziehung zu schliessen. Die Bank kann daher das Bankgeheimnis bei der Nutzung

der e-Services nicht garantieren, und der Kunde entbindet die Bank in diesem speziellen Zusammenhang von ihrer Pflicht zur Einhaltung des Bankgeheimnisses.

10. Risiken bei Mitteilungen via Fax

Falls der Kunde mit der Bank per Fax kommunizieren möchte, können durch die Auftragserteilung per Fax Schäden entstehen, und der Kunde erklärt hiermit ausdrücklich, dass er:

- alle Risiken die aus der Übermittlung von Aufträgen per Fax entstehen können, insbesondere solche aus Übermittlungsfehlern, Verlust, Verspätung, Verstümmelung, Missverständnis, Fälschung oder Doppelausführung übernimmt und die Bank diesbezüglich nicht belangen bzw. bei allfälligen Forderungen Dritter auf erste Anforderung hin schad- und klaglos halten wird;
- damit einverstanden ist, dass die Bank berechtigt, aber nicht verpflichtet ist, den Auftraggeber durch entsprechende Massnahmen wie telefonische Rückfragen zu identifizieren;
- zur Kenntnis nimmt, dass die Bank im Zweifelsfall berechtigt oder allenfalls sogar verpflichtet ist, die Ausführung von Aufträgen zu verweigern;
- alle Zahlungen, die die Bank aufgrund von Faxeufträgen zulasten seiner Verbindung ausführt, anerkennt und er sich dazu verpflichtet, einen allfälligen Sollsaldo auf Ersuchen der Bank unverzüglich auszugleichen.

11. Risiken bei Mitteilungen via E-Mail

Falls der Kunde mit der Bank per E-Mail kommunizieren möchte, nimmt er zur Kenntnis, dass die nachstehenden Risiken des E-Mail-Verkehrs bei ihm liegen und dass er aus diesen Risiken resultierende Schäden alleine trägt:

- Der sprachliche wie auch der elektronische Inhalt der per E-Mail versandten Aufträge, Anweisungen und Mitteilungen (inklusive der E-Mail-Adresse sowie anderer Informationen des Absenders) wie auch der E-Mails der Bank können durch Dritte verändert, manipuliert und missbräuchlich verwendet werden.
- Zudem können von Dritten verfasste E-Mails unter einer E-Mail-Adresse eines Berechtigten oder der Bank versandt werden und somit einen falschen Absender vortäuschen.
- Schliesslich kann die Übertragung von Aufträgen, Anweisungen und Mitteilungen infolge von Übermittlungsfehlern, technischen Mängeln, Unterbrüchen, Störungen, rechtswidrigen Eingriffen, Überlastung des Netzes, mutwilliger Verstopfung der elektronischen Zugänge durch Dritte oder anderen Unzulänglichkeiten der Netzbetreiber verzögert, unterbrochen oder ganz verhindert werden.

12. Spezifische Bedingungen zum e-banking

12.1. Zugang zum e-banking

Der Zugang zu den Dienstleistungen des e-banking erfolgt nach Eingabe folgender Authentifizierungsdaten:

- Vertragsnummer;
- Benutzerbezeichnung;
- Passwort sowie
- des von der Bank zur Verfügung gestellten weiteren Sicherheitsmerkmals.

Der Versand der Authentifizierungsdaten erfolgt an die Zustelladresse, die der Kunde der Bank bekannt gegeben hat.

Wer sich gemäss dieser Ziffer legitimiert hat, gilt der Bank gegenüber als berechtigt, das e-banking zu benutzen. Die Bank darf die Kunden bzw. Benutzer im Rahmen und Umfang der gemäss der e-banking Vereinbarung gewählten Berechtigungen ohne weitere Prüfung Abfragen tätigen sowie Aufträge und rechtsverbindliche Mitteilungen erteilen lassen.

12.2. Erfüllung von Aufträgen

Die Bank bestätigt mit der Rückmeldung einer Auftragserteilung über e-banking lediglich den Erhalt, nicht jedoch die Ausführung von Aufträgen/Weisungen.

Die Ausführungsbestätigung von Börsenaufträgen via SMS erfolgt nur bei ganz oder teilweise ausgeführten Aufträgen. Der Kunde bzw. Benutzer nimmt zur Kenntnis, dass solche Ausführungsbestätigungen zeitverzögert erfolgen können. Bei annullierten oder abgelaufenen Börsenaufträgen erfolgt keine Benachrichtigung. Der Kunde bzw. Benutzer ist angehalten, den Status seiner Aufträge im e-banking zu überprüfen.

12.3. Verpflichtungen des Kunden bzw. Benutzers von e-banking

Der Kunde bzw. Benutzer ist verpflichtet, das erste ihm von der Bank übermittelte Passwort unverzüglich nach Erhalt und später regelmässig zu ändern. Insbesondere darf der Kunde bzw. Benutzer sein Passwort nach dessen Änderung nicht aufzeichnen. Es kann zwischen 6 und 15 Zeichen (Zahlen und/oder Buchstaben) umfassen. Passwörter dürfen nicht aus leicht ermittelbaren Codes (wie Telefonnummern, Geburtsdaten, Autonummern, Namen von nahestehenden Personen usw.) bestehen.

Die Pflicht zur Geheimhaltung des Passworts betrifft jeden einzelnen Kunden bzw. Benutzer gesondert. Die Bank haftet nicht für Schäden, die daraus entstehen, dass Kunden, Benutzer oder sonstige Dritte die Authentifizierungsdaten anderer Kunden bzw. Benutzer missbrauchen.

Der Kunde bzw. Benutzer kann bzw. muss – im Fall der Missbrauchsgefahr – seinen eigenen Zugang zum e-banking jederzeit, auch ausserhalb der Geschäftszeiten der Bank, selbst sperren, indem er fünfmal in Folge ein falsches Passwort eingibt oder aber – als Nutzer von e-banking^{plus} – seine Berechtigung bei seinem Teilnehmer/ Superuser sperren lässt.

12.4. Ausschluss von Gewährleistung und Haftung

Der Kunde trägt sämtliche Risiken, die sich aus einer Preisgabe seiner Authentifizierungsdaten oder derjenigen der Benutzer ergeben. Der Kunde trägt alle Folgen der berechtigten oder missbräuchlichen Verwendung dieser Authentifizierungsdaten.

Die Bank übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihr übermittelten Daten, Informationen und Mitteilungen. Insbesondere gelten alle Angaben über Konten und Depots (Salden, Auszüge, Transaktionen) sowie allgemein zugängliche Informationen wie Börsen- und Devisenkurse als vorläufig und unverbindlich. Die e-banking Daten stellen keine verbindlichen Offerten dar, es sei denn, sie sind ausdrücklich als solche gekennzeichnet.

12.5. Sperrung des Zugangs zum e-banking

Der Kunde kann seinen Zugang oder den seines Benutzers zu den jeweiligen Dienstleistungen des e-banking der Bank sperren lassen. Der Zugang zu den Konten und Depots über das e-banking wird automatisch gesperrt, wenn fünfmal versucht wurde, mit einem falschen Passwort und/oder einer falschen TAN zuzugreifen. Beim e-banking^{plus} muss die Aufhebung der Zugangssperre, die durch den Kunden bzw. Benutzer selbst, die Bank oder durch eine falsche Eingabe von Passwort und TAN veranlasst wurde, durch den Superuser des Kunden bzw. Benutzers vorgenommen werden; lediglich die Entsperrung des Superusers erfolgt nach Abklärung der Ursachen durch die Bank. Die übrigen Sperren werden nach der entsprechenden Aufforderung und Abklärung durch die Bank aufgehoben.

12.6. Aufzeichnung und Aufbewahrung von Bankbelegen

Der Kunde ist im Rahmen allfälliger gesetzlicher Vorschriften insbesondere für den Inhalt, die Aufzeichnung und Aufbewahrung der elektronischen Bankbelege selbst verantwortlich. Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass der einzelne elektronische Bankbeleg während mindestens 180 Tagen ab dessen Zugang innerhalb des e-banking zur Verfügung gestellt wird und nach Ablauf dieser Frist in elektronischer Form nicht mehr verfügbar ist. Eine allfällige

Nachbestellung ist kostenpflichtig. Bei einer eventuellen Beendigung der e-banking Vereinbarung gilt die vorerwähnte Frist nicht.

13. Spezifische Bedingungen zum Professional Data Feed

13.1. Sicherheit im Internet

Bei der Evaluation der Kommunikationssoftware für Professional Data Feed wurde besonderer Wert auf Sicherheitsaspekte gelegt. Zur Sicherheit des Teilnehmers wurde ein mehrstufiges Sicherheitssystem entwickelt, das unter anderem auf kryptografische Verfahren mit hohem Standard zurückgreift. Aufgrund der Verschlüsselung ist es Unberechtigten grundsätzlich nicht möglich, vertrauliche Kundendaten einzusehen. Trotz der Sicherheitsvorkehrungen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen, kann aber sowohl auf Bank- als auch auf Kundenseite keine absolute Sicherheit gewährleistet werden. Der Teilnehmer nimmt zur Kenntnis, dass insbesondere sein Computerarbeitsplatz eine Schwachstelle im Professional Data Feed sein kann.

13.2. Ausschluss von Gewährleistung und Haftung

Die Bank übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihr übermittelten Daten und deren pünktliche terminliche Einlieferung. Ebenso stellen die auf diese Weise zur Verfügung gestellten Mitteilungen (etwa Börsen- und Devisenkurse) der Bank keine verbindlichen Offerten dar, es sei denn, das Angebot wird ausdrücklich als verbindlich bezeichnet.

14. Sicherheit im Internet

Es kann nicht garantiert werden, dass unbefugte Dritte keine vertraulichen Kundendaten einsehen können, auch nicht bei Sicherheitsmassnahmen, die dem neuesten Stand der Technik entsprechen. Das Endgerät (Computer, Mobiltelefon usw.) und/oder das Netzwerk des Benutzers sind Teil des Systems. Diese Komponenten befinden sich jedoch ausserhalb der Kontrolle der Bank und können zu einer Schwachstelle in diesem System werden.

Der Kunde anerkennt hiermit die unten aufgeführten Risiken und verpflichtet sich, alle Sicherheitsinformationen zu lesen, die auf der Website für die einzelnen e-Services oder dem Benutzer auf andere Weise zur Verfügung gestellt werden, und alle empfohlenen Sicherheitsmassnahmen innerhalb eines angemessenen Zeitraums umzusetzen:

- Die Bank kann weder einen unbeschränkten Zugang zu den e-Services noch ihre unbeschränkte Nutzung gewährleisten. Ebenso wenig kann die Bank die unbeschränkte Betriebsbereitschaft des Internets gewährleisten.

- Unzureichende Kenntnisse des Systems und fehlerhafte Sicherheitsvorkehrungen (z.B. unzureichend geschützte Speicherung von Daten auf der Festplatte, Dateiübertragungen, unbefugte Bildschirmspäherei) können den unbefugten Zugriff erleichtern. Es liegt in der Verantwortung des Kunden, sich genau zu vergewissern, welche Sicherheitsanforderungen erforderlich sind, und diese zu erfüllen.
- Durch die Erstellung einer Internetverkehrscharakteristik kann der ISP des Benutzers feststellen, mit wem der Benutzer Kontakt hatte und wann dieser Kontakt stattgefunden hat.
- Es besteht das latente Risiko, dass sich bei der Nutzung des Internets ein Dritter unbemerkt Zugang zum Computer des Benutzers verschafft (z.B. mit Hilfe eines Trojaners, eines Virus usw.).
- Trotz Sicherheitsvorkehrungen besteht bei der Nutzung des Internets das konstante Risiko, dass sich Computerviren auf den Computer des Benutzers ausbreiten, sobald dieser Computer mit der Aussenwelt in Kontakt kommt. Virens Scanner können dem Benutzer beim Schutz seines Systems behilflich sein und werden dringend empfohlen. Weitere Informationen dazu finden Sie auf der Website der Bank.

Darüber hinaus wird auf die Wichtigkeit hingewiesen, nur Software aus vertrauenswürdigen Quellen zu verwenden.

15. Speicherung und Verarbeitung von Kundendaten

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass die Bank im Zuge von Betrieb und Unterhalt der e-Services Kundendaten zur Bearbeitung und Aufbewahrung auslagern kann. Diese Bearbeitung und Aufbewahrung der Daten geschieht im Einklang mit den jeweiligen banken- und datenschutzrechtlichen Vorschriften, allen weiteren anwendbaren Bestimmungen und unter Wahrung des Bankgeheimnisses. Der Kunde erklärt sich hiermit einverstanden, dass die Bank seine Daten in anonymisierter Form für bankinterne statistische Zwecke verwendet.

16. Elektronische Bankdokumente (e-Post)

16.1. Zustellung

Mit der Wahl der Berechtigung «e-Post» beauftragt der Kunde die Bank, dem Benutzer die Bankmitteilungen ab sofort elektronisch innerhalb der individuellen e-Services zuzustellen. Der Kunde verzichtet somit auf die physische Zustellung der Mitteilungen, nimmt aber zur Kenntnis und erklärt sich damit einverstanden, dass nicht sämtliche Mitteilungen der Bank via e-Post zugestellt werden.

16.2. Erfüllungsort und Zugang

Als Erfüllungsort für die e-Post gilt der individuelle e-Service. Der Kunde anerkennt somit ausdrücklich, dass die Bank durch die elektronische Zustellung der Mitteilungen innerhalb des e-Service insbesondere ihre Mitteilungs- und Rechenschaftspflichten erfüllt. Die Bank ist jedoch berechtigt, die Mitteilungen ohne Angabe von Gründen jederzeit nur bzw. auch in Papierform auf dem ordentlichen Postweg oder entsprechend der Bleibepostvereinbarung zuzustellen. Die e-Post gilt als an dem Tag ordnungsgemäss zugegangen, an dem diese innerhalb des e-Service zur Verfügung gestellt wird. Mit dem Zugang der einzelnen Mitteilungen beginnen die jeweiligen Fristen, insbesondere die Reklamationsfrist, zu laufen.

16.3. Beschwerden

Der Benutzer ist verpflichtet, die zugestellte e-Post regelmässig und unverzüglich, jedoch mindestens einmal monatlich, abzurufen und ihren Inhalt zu überprüfen. Er verpflichtet sich, Beanstandungen der e-Post sofort, spätestens jedoch innerhalb von 30 Tagen seit deren Zugang anzubringen. Andernfalls gilt die entsprechende e-Post zwangsläufig als genehmigt. Diese ausdrückliche oder stillschweigende Genehmigung schliesst die Anerkennung und Neuerung aller in ihnen enthaltenen Posten sowie allfälliger Vorbehalte der Bank mit ein. Sofern der Saldo auf der e-Post zulasten des Kunden lautet, gilt er von ihm als Schuld gegenüber der Bank anerkannt, auch wenn das Kontoverhältnis fortgesetzt wird.

Unterbleibt die elektronische Zustellung einer zu erwartenden e-Post, so hat die Reklamation so zu erfolgen, wie wenn die e-Post dem Kunden im üblichen elektronischen Geschäftsablauf zugestellt worden wäre. Bei verspäteter Reklamation trägt der Kunde den hieraus entstehenden Schaden.

16.4. Aufzeichnung und Aufbewahrung

Der Kunde ist im Rahmen allfälliger gesetzlicher Vorschriften insbesondere für den Inhalt, die Aufzeichnung und Aufbewahrung der e-Post selbst verantwortlich.

16.5. Deaktivierung

Der Kunde kann die Bank jederzeit beauftragen, ihm oder seinem Benutzer die Bankdokumente eines/mehrerer Bankgeschäfts/Bankgeschäfte erneut in Papierform zuzustellen. In diesem Fall stellt die Bank innerhalb einer angemessenen Frist die Bankdokumente erneut in Papierform zu. Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass dem Kunden von der Bank bereits zur Verfügung gestellte e-Post als zugegangen gilt.

17. Änderungen

Änderungen von Bestimmungen der individuellen e-Services werden dem Benutzer in geeigneter Weise mitgeteilt. Die Änderungen gelten als akzeptiert, sobald die e-Services trotz der Änderungen erneut benutzt werden oder wenn innerhalb von 30 Tagen nach deren Bekanntgabe kein schriftlicher Einspruch bei der Bank eingegangen ist.

18. Kündigung/Auflösung mit sofortiger Wirkung

Die e-Services gelten auf unbestimmte Zeit. Sie können beiderseits ohne Angabe von Gründen jederzeit schriftlich und mit sofortiger Wirkung gekündigt werden. Die Bank ist jedoch berechtigt, den Zugang zu den e-Services ohne Kündigung der individuellen e-Service-Vereinbarung zu löschen, wenn die e-Services während der Dauer von mindestens 12 Monaten nicht benutzt worden sind.

19. Vorbehalt gesetzlicher Regelungen

Diese Basisbedingungen und die Bestimmungen der individuellen Vereinbarung über die e-Services gelten vorbehaltlich zwingender gesetzlicher Bestimmungen, die den Betrieb und/oder die Nutzung des betreffenden e-Service regeln.

20. Salvatorische Klausel

Die Ungültigkeit, Widerrechtlichkeit oder fehlende Durchsetzbarkeit einzelner oder mehrerer Bestimmungen dieser Basisbedingungen und der individuellen Vereinbarung über die e-Services berühren oder beeinträchtigen, soweit gesetzlich zulässig, die Gültigkeit, Rechtmässigkeit und Durchsetzbarkeit der übrigen Bestimmungen in keiner Weise.

21. Ausländische Rechtsordnungen

Der Kunde nimmt zur Kenntnis, dass der Benutzer mit der Nutzung der e-Services aus dem Ausland unter Umständen gegen Regeln des Rechts seines Domizils, z.B. Import- und Exportbeschränkungen für Verschlüsselungsalgorithmen, oder gegen anderweitiges ausländisches Recht verstossen kann, bzw. dass die Benutzung der e-Services untersagt ist. Es obliegt dem Kunden, sich darüber zu informieren. Die Bank lehnt diesbezüglich jede Haftung ab.

22. Ausschluss bestimmter Personen

Personen mit Wohnsitz und/oder Nutzungsort USA sind als Vertragspartner oder Benutzer ausgeschlossen. Aufgrund des regulatorischen Umfelds kann der Umfang der e-Services für verschiedene Länder durch die Bank eingeschränkt werden.

23. Änderungen dieser Basisbedingungen

Die Bank behält sich das Recht einer jederzeitigen Änderung dieser Basisbedingungen vor. Die Bank teilt solche Änderungen im Voraus und in geeigneter Form mit. Die Änderungen gelten vom Kunden als akzeptiert, wenn innerhalb eines Monats keine gegenteilige schriftliche Mitteilung eingeht.

24. Anwendbares Recht und Gerichtsstand

Alle Rechtsbeziehungen des Kunden mit der Bank unterstehen dem schweizerischen Recht, unter Ausschluss des Kollisionsrechts. Erfüllungsort sowie ausschliesslicher Gerichtsstand für alle Streitigkeiten und Verfahren im Zusammenhang mit der Rechtsbeziehung zwischen dem Kunden und der Bank ist Zürich. Die Bank hat indessen auch das Recht, den Kunden bei jedem anderen zuständigen Gericht oder jeder anderen zuständigen Behörde zu belangen.

b. Basisbedingungen für die Benutzung der Maestro-Karte

1. Benutzung der Maestro-Karte

Die Maestro-Karte kann für folgende Funktionen eingesetzt werden:

- als Bargeldbezugskarte im In- und Ausland;
- als Zahlungskarte zur Bezahlung von Waren und Dienstleistungen im In- und Ausland.

Wird die Maestro-Karte für weitere Dienstleistungen der Bank eingesetzt, so regeln sich diese ausschliesslich nach den hierfür mit der Bank vereinbarten Bestimmungen.

2. Kontobeziehung

Die Maestro-Karte bezieht sich immer auf ein bestimmtes Konto (nachfolgend: Konto) bei der Bank.

3. Kartenberechtigte

Personen, die zur Verwendung der Maestro-Karte berechtigt sind, können der Kontoinhaber oder Inhaber von Vollmachten sein (nachfolgend: Kartenberechtigte). Die Maestro-Karte wird auf den Namen des Kartenberechtigten ausgestellt. Jede ausgestellte Maestro-Karte bleibt im Eigentum der Bank. Der Kontoinhaber ist dafür verantwortlich, dass alle anderen Kartenberechtigten über diese Bedingungen und deren allfällige Änderungen informiert werden.

4. Legitimation

Jede Person, die sich durch die Einführung der Maestro-Karte

- und durch das Eintippen des dazu passenden Maestro-PIN-Codes in ein hierfür eingerichtetes Gerät oder
- durch die anderweitige Benutzung der Maestro-Karte (z.B. in Parkhäusern, bei Autobahnzahlstellen oder bei kontaktloser Bezahlung) oder
- durch die Unterzeichnung des Transaktionsbelegs

legitimiert, gilt als berechtigt, Transaktionen mit dieser Maestro-Karte zu tätigen; dies gilt, auch wenn es sich bei dieser Person nicht um den tatsächlichen Kartenberechtigten handelt. Dementsprechend ist die Bank berechtigt, die auf diese Weise elektronisch abgewickelten und registrierten Beträge vom betreffenden Konto abzubuchen. Die Risiken aus der missbräuchlichen Verwendung der Maestro-Karte liegen somit beim Kontoinhaber.

5. Gebühren

Die Bank kann für die Ausgabe und Verwaltung der Maestro-Karte sowie für die Verarbeitung der mit der Maestro-Karte getätigten Transaktionen Gebühren erheben. Diese sind in geeigneter Form bekannt zu geben.

6. Sorgfaltspflichten des Kartenberechtigten

Der Kartenberechtigte trägt insbesondere folgende Sorgfaltspflichten:

a) Aufbewahrung

Die Maestro-Karte und der Maestro-PIN-Code sind besonders sorgfältig und voneinander getrennt aufzubewahren.

b) Geheimhaltung des Maestro-PIN-Codes

Der Kartenberechtigte muss sicherstellen, dass keine andere Person seinen PIN-Code kennt. Insbesondere darf der PIN-Code nicht weitergegeben oder auf andere Weise zugänglich gemacht werden (z.B. durch Vermerk auf der Maestro-Karte oder durch Aufzeichnung in anderer Weise oder in veränderter Form oder durch Aufbewahrung zusammen mit der Maestro-Karte).

c) Änderung des Maestro-PIN-Codes

Nach Erhalt des PIN-Codes kann der Kartenberechtigte diesen ändern. Der neue PIN-Code muss so gewählt werden, dass er nicht leicht zu erkennen oder abzuleiten ist (keine Telefonnummern, Geburtstage, Autokennzeichen usw.).

d) Weitergabe der Maestro-Karte

Der Kartenberechtigte darf seine Maestro-Karte weder an Dritte aushändigen noch Dritten auf andere Weise zugänglich machen.

e) Kontrollpflicht und Meldung von Unstimmigkeiten

Kontoauszüge müssen vom Kontoinhaber sofort nach Erhalt überprüft werden. Allfällige Unstimmigkeiten, insbesondere Belastungen aufgrund missbräuchlicher Verwendung der Karte, sind der Bank unverzüglich zu melden und innerhalb von 30 Tagen nach Erhalt des betreffenden Kontoauszugs der Bank schriftlich zu beanstanden. Das Maestro-Karte-Schadensformular muss innerhalb von zehn Tagen nach Erhalt ausgefüllt und unterzeichnet an die Bank zurückgesandt werden.

f) Meldung bei Verlust

Der Kartenberechtigte ist verpflichtet, jeden Fall von Verlust, Diebstahl, Einziehung am Geldautomaten oder Verdacht auf Missbrauch unverzüglich an die von der Bank bezeichnete Stelle zu melden, unabhängig von einer Zeitverschiebung.

g) Meldung an die Polizei

Bei Verdacht auf strafbare Handlungen ist der Kartenberechtigte verpflichtet, unverzüglich eine Anzeige bei der Polizei zu erstatten. Er muss alle zumutbaren Schritte unternehmen, die zur Aufklärung eines allfälligen Scha-

denfalls und zur Verminderung des daraus resultierenden Schadens beitragen könnten.

7. Belastungsrecht der Bank

Die Bank ist berechtigt, sämtliche Beträge aus der Nutzung der Maestro-Karte sowie alle Gebühren dem Konto zu belasten. Das Belastungsrecht der Bank bleibt auch bei Streitigkeiten des Kartenberechtigten mit Drittpersonen uneingeschränkt bestehen. Beträge in Fremdwährungen werden in die Währung des Kontos umgerechnet.

8. Auswahl und Änderung des Maestro-PIN-Codes

Der Maestro-PIN-Code wird dem Kartenberechtigten in einem separaten, verschlossenen Umschlag zugestellt. Der Maestro-PIN-Code besteht aus einer karteneigenen, sechsstelligen und maschinell berechneten Geheimzahl, welche weder der Bank noch Dritten bekannt ist. Werden mehrere Maestro-Karten ausgestellt, so erhält jede Maestro-Karte ihren eigenen Maestro-PIN-Code.

Alternativ kann der Kartenberechtigte einen neuen sechsstelligen Maestro-PIN-Code wählen, der den zuvor geltenden Maestro-PIN-Code sofort ersetzt. Der Maestro-PIN-Code kann jederzeit und so oft wie gewünscht geändert werden.

9. Kartenerneuerung

Die Maestro-Karte bleibt bis zum Ende des auf ihr angegebenen Datums gültig. Bei ordentlicher Geschäftsabwicklung und ohne ausdrückliche Mitteilung seitens des Kartenberechtigten, dass die Karte nicht erneuert werden soll, wird die Maestro-Karte vor Ablauf des auf ihr angegebenen Datums durch eine neue Maestro-Karte ersetzt.

10. Kündigung

Eine Kündigung kann jederzeit erfolgen. Gleichbedeutend mit der Kündigung ist der Widerruf einer Vollmacht. Nach erfolgter Kündigung ist die Maestro-Karte der Bank unaufgefordert und unverzüglich zurückzugeben. Durch die vorzeitige Rückforderung oder Rückgabe der Karte entsteht kein Anspruch auf Rückerstattung der Jahresgebühr. Die Bank bleibt trotz Kündigung berechtigt, dem Konto sämtliche Beträge zu belasten, welche auf die Nutzung der Karte vor der effektiven Rückgabe der Maestro-Karte zurückzuführen sind.

11. Technische Störungen und Betriebsausfälle

Der Kartenberechtigte hat keinen Anspruch auf Schadenersatz im Zusammenhang mit technischen Störungen und Ausfällen, die dazu führen, dass die Maestro-Karte nicht verwendet werden kann.

12. Limiten

Die Bank legt Nutzungslimiten pro ausgegebener Maestro-Karte fest und teilt dies dem Kontoinhaber in angemessener Form mit. Die Orientierung allfälliger Kartenberechtigter über die Nutzungslimiten liegt in der Verantwortung des Kontoinhabers.

Die Maestro-Karte darf nur verwendet werden, wenn auf dem betreffenden Konto eine ausreichende Deckung (Guthaben oder autorisierte Kreditlimite) vorhanden ist.

13. Transaktionsbeleg

Bei der Verwendung der Maestro-Karte an den meisten Geldautomaten erhält der Kartenberechtigte auf Wunsch einen Transaktionsbeleg. Transaktionsbelege werden ebenfalls automatisch oder auf Anfrage zur Verfügung gestellt, wenn der Kartenberechtigte Waren und Dienstleistungen mit der Maestro-Karte kauft. Die Bank versendet keine Zahlungsbelege.

14. Sperrung

Die Bank ist jederzeit berechtigt, die Maestro-Karte ohne vorgängige Mitteilung an den Kartenberechtigten und ohne Angabe von Gründen zu sperren.

Die Bank sperrt die Maestro-Karte, wenn es der Kartenberechtigte ausdrücklich verlangt, den Verlust der Maestro-Karte und/oder des Maestro-PIN-Codes meldet sowie bei Kündigung. Die Sperrung der Karte kann nur bei der von der Bank bezeichneten Stelle beantragt werden. Die Bank ist berechtigt, das Konto für sämtliche Beträge, die vor dem Wirksamwerden der Sperrung getroffen wurden, zu belasten. Mit der Sperrung verbundene Kosten können dem Kontoinhaber auferlegt werden.

15. Änderungen dieser Basisbedingungen

Die Bank behält sich das Recht einer jederzeitigen Änderung dieser Basisbedingungen vor. Die Bank teilt solche Änderungen im Voraus und in geeigneter Form mit. Die Änderungen gelten vom Kartenberechtigten als akzeptiert, wenn die Maestro-Karte nicht vor Inkrafttreten der Änderungen zurückgegeben wird.

16. Allgemeine Geschäftsbedingungen der Bank

Im Übrigen gelten die AGB der Bank.

c. Bestimmungen für Edelmetallkonten

1. Gegenstand

Die VP Bank (Schweiz) AG (nachfolgend: Bank) führt auf Wunsch des Kunden Edelmetallkonten auf dessen Namen für den Handel mit Edelmetallen und Münzen.

2. Kein Depotwert

Die Edelmetalle auf dem Edelmetallkonto werden nicht physisch, sondern lediglich buchmässig gehalten. Das heisst, die Edelmetalle stellen keine Depotwerte dar, und der Kunde hat an den eingebuchten Edelmetallen keinen Eigentumsanspruch, sondern eine Forderung gegenüber der Bank. Dabei wird das Guthaben des entsprechenden Edelmetallkontos wie folgt bewertet:

Edelmetalle	Barren und Plättchen in Gewichtseinheiten
Münzen	Anzahl

3. Auslieferungsanspruch und -modalitäten

Der Kunde besitzt gegenüber der Bank im Rahmen der geltenden gesetzlichen Bestimmungen einen Anspruch auf Auslieferung der Edelmetalle, die auf dem Konto geführt werden. Hierzu verkauft die Bank die gewünschte Menge Edelmetall auf dem Konto und deckt sich bei Drittbanken physisch mit den Edelmetallen ein. Ein Anspruch des Kunden auf Auslieferung besteht daher nur insofern, als diese Drittbanken ihren Lieferverpflichtungen nachkommen.

Der Kunde muss der Bank die Bezüge mindestens drei Bankwerkstage im Voraus anmelden, damit eine rechtzeitige Auslieferung möglich ist. Den aus einem allfälligen Lieferverzug resultierenden Schaden trägt der Kunde, sofern die Bank kein grobes Verschulden trifft. Erst mit der erfolgten Auslieferung erwirbt der Kunde Eigentum an den Edelmetallen.

Die Auslieferung erfolgt grundsätzlich am Sitz der Bank. Sofern mit dem Kunden vereinbart, liefert die Bank die Edelmetalle auch an einem anderen Ort aus, wenn dies praktisch möglich ist und mit den gesetzlichen Bestimmungen, die am Ort der Auslieferung gelten, im Einklang steht. Im Fall von Krieg, Notstand oder ähnlichen Gründen höherer Gewalt sowie Transferbeschränkungen behält sich die Bank das Recht vor, das Edelmetall an ihrem Sitz auszuliefern.

Die Kosten, die mit der Auslieferung verbunden sind, trägt der Kunde. Das Risiko eines Edelmetallverlusts durch den Transport trägt der Kunde.

Die Auslieferung der Edelmetalle erfolgt in handelsüblicher Grösse und in handelsüblichem Feingehalt. Die Bank ist berechtigt, dem Kunden jene Fabrikationszuschläge in Rechnung zu stellen, die zum Zeitpunkt der Lieferung gültig sind. Eine allfällige Differenz zwischen dem Gewicht, das dem Edelmetallkonto gutgeschrieben wurde, und dem Gewicht des ausgelieferten Edelmetalls wird ausgeglichen. Der Ausgleich erfolgt zum internationalen Edelmetallpreis zum Zeitpunkt der Auslieferungsabrechnung. Bei Münzen umfasst der Umfang des Lieferanspruchs weder einen bestimmten Jahrgang noch eine bestimmte Prägung.

4. Minimale Einheiten, Zinsen, Abschluss

Die Bank kann für Gutschriften, Belastungen und Auslieferungen minimale Gewichts- und Stückeinheiten vorschreiben. Guthaben auf Edelmetallkonten werden nicht verzinst. Die Konten werden mindestens einmal jährlich abgeschlossen.

5. Gebühren, Steuern, Abgaben

Die Bank belastet für die Führung des Edelmetallkontos eine Gebühr, die gemäss separatem Gebührentarif erhoben wird und jederzeit von der Bank angepasst werden kann. Sämtliche Steuern, Abgaben usw. im Zusammenhang mit der Führung von Edelmetallkonten (insbesondere auch im Zusammenhang mit der Auslieferung) gehen – soweit es die gesetzlichen Bestimmungen erlauben – zulasten des Kunden.

6. Allgemeine Geschäftsbedingungen, Änderung dieser Bestimmungen

Im Übrigen gelten die AGB der Bank. Die Bank behält sich das Recht vor, die vorliegenden Bestimmungen für Edelmetallkonten jederzeit zu ändern. Die Änderungen werden dem Kunden schriftlich oder auf andere geeignete Weise bekannt gegeben und gelten ohne dessen Widerspruch innerhalb eines Monats als genehmigt.

Ihr Kontakt – wo immer Sie sind

Die VP Bank (Schweiz) AG ist eine in der Schweiz domizilierte Bank und untersteht der Eidgenössischen Finanzmarktaufsicht (FINMA), Laupenstrasse 27, 3008 Bern, Schweiz, www.finma.ch

VP Bank (Schweiz) AG

Talstrasse 59 · 8001 Zürich · Schweiz
T +41 44 226 24 24 · F +41 44 226 25 24
info.ch@vpbank.com · www.vpbank.com
CHE-107.826.214 MwSt.

VP Bank AG

Aeulestrasse 6 · 9490 Vaduz · Liechtenstein
T +423 235 66 55 · F +423 235 65 00 · info@vpbank.com

VP Bank (Luxembourg) SA

2, rue Edward Steichen · L-2540 Luxembourg
T +352 404 770-1 · F +352 481 117 · info.lu@vpbank.com

VP Bank (BVI) Ltd

VP Bank House · 156 Main Street · PO Box 2341
Road Town · Tortola VG1110 · British Virgin Islands
T +1 284 494 11 00 · F +1 284 494 11 44 · info.bvi@vpbank.com

VP Bank Ltd Singapore Branch

8 Marina View · #27-03 Asia Square Tower 1
Singapore 018960 · Singapore
T +65 6305 0050 · F +65 6305 0051 · info.sg@vpbank.com

VP Wealth Management (Hong Kong) Ltd

33/F · Suite 3305 · Two Exchange Square
8 Connaught Place · Central · Hong Kong
T +852 3628 99 00 · F +852 3628 99 11 · info.hkwm@vpbank.com

**VP Bank Ltd
Hong Kong Representative Office**

33/F · Suite 3305 · Two Exchange Square
8 Connaught Place · Central · Hong Kong
T +852 3628 99 99 · F +852 3628 99 11 · info.hk@vpbank.com

VP Fund Solutions (Luxembourg) SA

2, rue Edward Steichen · L-2540 Luxembourg
T +352 404 770-297 · F +352 404 770-283
fundclients-lux@vpbank.com · www.vpfundsolutions.com

VP Fund Solutions (Liechtenstein) AG

Aeulestrasse 6 · 9490 Vaduz · Liechtenstein
T +423 235 67 67 · F +423 235 67 77
vpfundsolutions@vpbank.com · www.vpfundsolutions.com

VP Bank (Schweiz) AG

Talstrasse 59 · 8001 Zürich · Schweiz

T +41 44 226 24 24 · F +41 44 226 25 24 · info.ch@vpbank.com · www.vpbank.com